

Erscheint wöchentlich Freitags
Bezugspreis durch die Post
1,20 M. vierteljährlich

Sattler-

Inserate für den Arbeitsmarkt
20 Pf., alle anderen 30 Pf. pro
3gepalte Petitzelle

und Portefeuille-Zeitung

Organ zur Wahrnehmung der Interessen aller in der Sattlerei und der gesamten
Lederverwarendindustrie und deren Nebenbetrieben beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen

Nr. 36 .: 24. Jahrgang

Verlag und Redaktion: Berlin SO. 16, Bräuden-
straße 106 .: Telephon: Amt IV, 2120

Berlin, den 9. September 1910

Inhalt: Beitragszahlung. — Streiknotizen. — Ein Jahr gemeinsamer Arbeit! — Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909. II. — Kapital und Arbeit. — Die deutschen Gewerksch. I. — Die Weltausstellung in Brüssel. (Schlußbetrachtungen). — Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Monat Juli 1910. — Eine bössliche Anklage an das Marineministerium! — Streiks und Lohnbewegungen. — Aus unserem Beruf. — Korrespondenzen. — Aus anderen Organisationen. — Rundschau. — Bekanntmachung des Zentralvorstandes. — Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben. — Bücherchau. — Adressenänderungen. — Versammlungsstatender. — Anzeigen.

Für die Woche vom 11. bis 17. September ist der 37. Verbandsbeitrag fällig. Wer länger als fünf Wochen mit seinen Beiträgen im Rückstande ist, kann feinerlei Unterstützung aus der Verbandskasse erhalten.

Achtung! Kollegen! Achtung!
Die Kollegen werden in ihrem eigensten Interesse ersucht, bei Arbeitsannahme in anderen Städten sich zuvor bei der dortigen Ortsverwaltung zu erkundigen.

Berlin. Die Lohnbewegung der Offiziersattler, Einolienleger und Teppichnäher ist mit gutem Erfolg beendet worden.

Delmenhorst. Wegen Streit in der Wagenfabrik ist Bezug streng fernzuhalten.

Görlitz. Der Streit bei der Firma Julius Krunde-Wohls dauert unverändert fort.

Heterfen. Der Streit in der Reißerfabrik Königsfeld & Co. und in der Wulffischen Lederwarenfabrik dauert unverändert fort.

Infolge der Ausperrung der Werftarbeiter, darunter auch eine Anzahl Kollegen, wird gebeten, alle Werftarbeiter streng zu meiden.

Hannover. Die Offizier- und Treibriemensattler stehen in einer Tarifbewegung.

Ein Jahr gemeinsamer Arbeit!

Die Abrechnung der Hauptkasse für das 2. Quartal 1910 ist nun in die Hände unserer Verwaltungsstellen und damit zur Kenntnis unserer Mitglieder gelangt. Mit Genugtuung und Freude werden namentlich die in der Agitation stehenden Kollegen konstatiert haben, daß unsere Mühe und Arbeit, das Organisations-schiff vorwärtszutreiben, nicht vergeblich gewesen ist. Mit Stolz können wir sagen, der Verband der Sattler und Portefeuillier hat die in ihm gesetzten Hoffnungen in hohem Maße erfüllt. Ist auch nicht alles eingetroffen, was allzu optimistische Herzen von der Verschmelzung der beiden Verbände erwarteten, und sind auch hier und da — und natürlicherweise hauptsächlich dort, wo die beiden Verbände vorher gewissermaßen als „Rivalen“ auftraten — noch nicht alle Mei-

nungsflächen unseres inneren Verwaltungsmechanismus beseitigt, so können wir doch sagen, daß auch hier der gute Wille der in Frage kommenden Personen vorhanden ist, der uns die Gewähr bietet, daß in denkbar kürzester Zeit alle Nennungen beseitigt sein werden und die Organisationsmaschine geräuschlos und sicher funktionieren wird. Fortschritt auf der ganzen Linie! So können wir ausrufen, ganz gleich von welcher Seite und in welchem Zusammenhange wir unser Zahlenergebnis auch betrachten mögen.

Die Hauptfache bei einer Armee sind bekanntlich die Soldaten, so auch bei unserer Organisation. Was Hilfe es uns, wenn wir Vermögen auf Vermögen häufen würden, was Hilfe uns der größte Kriegsfonds, wenn uns die Krieger fehlten? Nun die Zahl derjenigen Berufscollegen und Kolleginnen, die im Verbands der Sattler und Portefeuillier ihre wirksamste Waffe im Kampfe um die Verbesserung der Lohn- und Arbeitsbedingungen sehen, ist seit Jahresfrist ständig und außerordentlich stark gewachsen. Mit 10 055 Mitgliedern, davon 9419 männliche und 636 weibliche, begannen wir das Jahr am 1. Juli 1909, und am Schlusse des ersten Verschmelzungsjahres, am 30. Juni 1910, mühten wir 11 335 männliche und 825 weibliche, insgesamt also nicht weniger als 12 160 Mitglieder. Dieses eine Jahr brachte uns also eine Zunahme um 2105 Mitglieder, d. h. eine Steigerung um rund 21 Proz. Die männlichen Mitglieder nahmen um 1916, die weiblichen um 189 zu. Prozentual überstieg die Zunahme der weiblichen Mitglieder die der männlichen ganz bedeutend, denn die eriteren vermehrten sich um 29,1 Proz., die letzteren nur um 20,4 Proz. Das ist eine Steigerung unserer Mitgliederziffer, die sich durchaus sehen lassen kann. Und das sind, wie wir bemerken wollen, volljährige (im Sinne unseres Statuts) Mitglieder. Zu dieser Zahl kommt noch hinzu unsere „Jugendwehr“! Die Jugend- und Lehrlingsabteilung, die ja erst im Frühjahr 1910 eingerichtet wurde, hatte am Schlusse des zweiten Quartals auch bereits 349 Mitglieder zu verzeichnen, und ihre Zahl ist gleichfalls noch ständig im Steigen begriffen, trotz der Hitze der Arbeitgeber und Behörden und trotz des frömmelnden Gezieses obligator Jugendleerwer-trüppler. Also gleichfalls ein anerkannter und vielversprechender Anfang.

Eingetreten sind im Laufe des Jahres insgesamt 4201 Mitglieder, da unsere Vermehrung aber nur 2105 Mitglieder betrug, können wir sagen, daß weit über 50 Proz. der Eingetretenen unserem Verbands treu geblieben sind, wobei noch berücksichtigt werden muß, daß ein immerhin noch erheblicher Teil unserer Kollegen selbstständig wird, ein Teil der Kolleginnen heiratet und damit vielfach aus dem Berufe scheidet, und außerdem diejenigen, die der Tod abrief, also

alles Umstände, die in natürlicher Weise die Mitgliederzahl beeinflussen und daher nicht als Faktoren willkürlicher Fluktuation in Rechnung gestellt werden können. Die durchschnittliche Mitgliederzahl stellt sich für den besprochenen Zeitabschnitt auf 11 206. Besonders erfreulich ist, daß das gesamte Reichsgebiet an der Vermehrung der Mitglieder beteiligt ist. Nur der jetzt dem Gau Berlin einverleibte frühere Gau Königsberg scheint in der Erstarrung begriffen zu sein. Ein zahlenmäßiger Vergleich der Mitgliederbewegung der übrigen Gauen ist aber nicht ohne weiteres möglich, weil im Laufe des Jahres wesentliche Veränderungen einiger Gauen stattfanden. So wurde z. B. der Gau Hannover gleichfalls eingezogen. In die Hinterlassenschaft teilten sich die Gauen Leipzig und Köln, der Gau Berlin schloß den Osten, der Gau Görlitz ehemaligen Berliner und Leipziger Bezirk usw.

Unsere Einnahmen aus Beiträgen beliefen sich im Jahre auf rund 249 746 M. Davon wurden 8351 M. von weiblichen Mitgliedern aufgebracht. Entsprechend der Steigerung unserer Mitgliederzahl stiegen eriten-längerweise auch die Einnahmen aus Beiträgen. Während im ersten Quartal (also 3. Quartal 1909) insgesamt 56 899 M. an Beiträgen eingingen, stieg deren Betrag im letzten Quartal (2. Quartal 1910) auf 67 468 M. Die Beiträge der weiblichen Mitglieder stiegen in der gleichen Zeit von 1810 M. auf 2258 M. An Eintrittsgeldern hatten wir 1895 M., darunter 96 M. von weiblichen Mitgliedern, zu verzeichnen. Rechnet man die Beiträge und Eintrittsgelder der Hauptkasse und die für die Lokalkassen geleisteten Beiträge zusammen, so ergibt sich daraus eine Durchschnittsleistung von 26,30 M. pro Kopf und Jahr, eine Zahl, die zwar etwas niedrig erscheint, aber durch die hauptsächlich erst in diesem Jahre erfolgte Steigerung der Mitgliederzahl erklärlich wird.

Und sehen wir uns nun unsere Ausgaben etwas näher an. Da ist zunächst festzustellen, daß nicht weniger als rund 109 880 M., das sind 44 Proz. der Einnahmen aus Beiträgen, ohne weiteres im Laufe des Jahres an die Mitglieder in Form von Unterstützungen zurückgefloßen sind. In dieser Zahl sind jedoch ausschließlich die Leistungen der Hauptkasse enthalten. Hauptkasse und Lokalkasse zusammen gaben an Unterstützungen 138 334 M., das sind pro Kopf der Mitglieder 12,34 M., an die Mitglieder zurück. Der Löwenanteil der Unterstützungen aus der Hauptkasse fällt mit 35 173 Mark auf die Streiks und Lohnbewegungen. Für die Krankenunterstützung verausgabten wir 34 682 M., für die Arbeitslosen am Orte und auf der Reise 28 839 M. An Beihilfe bei Sterbefällen wurden 4735 M., für Gemäß-regelte 2684 M., für Umzugsunterstützung 2549 M., für außerordentliche Vorfälle 570 M. und endlich für Rechtschutz 648 M. aus der Hauptkasse geleistet. Das sind pro

Kopf der Mitglieder 9,55 Mk. für Unter- stütungen.

Diese Zahlen dürften bei unseren Mit- gliedern und Funktionären einiges Interesse erwecken. Doch ist es nicht unsere Aufgabe, an dieser Stelle und vor allem zu dieser Zeit einen Jahresbericht zu schreiben; bei einem solchen dürfte sich noch Gelegenheit bieten, die Ein- nahmen und Ausgaben insgesamt und in noch detaillierterer Form zu veranschaulichen. Wir bringen daher diese Zahlen auch nur in abge- rundeter Form, d. h. nur in Mark, ohne Ver- rüchtigung der Pfennige, die ja an dem Ge- samtresultat nichts zu ändern vermögen.

Es mögen nun noch die wichtigsten Zahlen ergebnisse der Lokalkassen folgen. Doch bevor wir diese bringen, wollen wir noch eine Auf- rechnung über die Kosten unserer Zeitung geben. Diese wird namentlich die Delegierten von der Kölner Generalversammlung interessieren. Es dürfte sich daher empfehlen, die jetzt gewonnenen Zahlen mit den von uns in Köln aufgestellten Voranschläge (Protokoll Seite 259) zu ver- gleichen. Remunerationen wollen wir jedoch, da- bei dieser Voranschlag sich auf eine Auflage von 13000 Exemplaren bezog. Seit Ende 1909 hat unsere Zeitung diese Auflage bereits über- schritten und hat jetzt schon die Zahl von 11400 erreicht. Unsere Zeitung sollte uns nach In- rechnungstellung der Einnahmen aus Abonnemen- ten und Inseraten rund 19045 Mk., das sind pro Kopf der Mitglieder 1,61 Mk. im Jahre, also noch 23 Pf. pro Kopf weniger, als wir feinerzeit berechnet hatten. Mit der voraussicht- lich noch weiteren Steigerung der Auflage ver- billigt sich die Zeitung relativ und absolut na- türlich immer mehr. Zu wünschen wäre nur, daß der Zeitung seitens der Mitglieder gleich- falls steigende Beachtung geschenkt würde. Es genügt durchaus nicht, daß sich hier und da ein Schriftführer ab und zu einmal einen für die Allgemeinheit oft nicht sehr inter- essanten Versammlungsbericht abringt. Kein Mitarbeiter an der Verbesserung der Zeitung durch Mitteilung von Ereig- nissen des Berufslebens oder durch Stellung- nahme und Behandlung eines sonst irgendwie aktuellen Themas aus dem gewerkschaftlichen, politischen und öffentlichen Leben, das ist wichtiger als manch trodener Versammlungsbericht.

Unsere Lokalkassen hatten eine Gesamt- einnahme von 96191 Mk. Davon sind 43230 Mark aus Beiträgen, 11180 Mk. Prozente der Hauptkasse für örtliche Verwaltung und 11781 Mark „sonstige Einnahmen“. Die Gesamtaus- gaben für Unterstützungen betragen 28454 Mk., und zwar wurden gezahlt für Reiterunterstützung 764 Mk., für Arbeitslosenunterstützung 9873 Mark, für Krankenunterstützung 3514 Mk., für Streifenunterstützung 8570 Mk., für Gewahrgelte 1386 Mk., für „sonstige Unterstützungen“ 877 Mark und für Streiks in anderen Berufen 3440 Mk.

Kapital und Arbeit.

Der verstorbene Dichter Otto Erich Hartleben hat einmal in einer kleinen, ausgezeichneten Ab- handlung über die Erzeugung des Mehrwertes beim Verzpinnen von Baumwolle gezeigt, wie der Kapi- talist dadurch, daß er den Arbeiter täglich länger arbeiten läßt, wie zur Erzeugung des Lohnwertes nötig ist, die Möglichkeit erhält, sich mühelos zu bereichern. Es war eine geradezu plastische, eine auch dem unfundigsten Menschen sichtbare Form, in welcher Otto Erich Hartleben die Lehren von Karl Marx über die Entziehung des Mehrwertes der Arbeit zur Darstellung brachte.

Eine ähnliche Abhandlung ist die nachfolgende über Kapital und Arbeit, die wir einem in der „Volkswacht“ in Breslau erschienenen, von Fritz Dantziger in Berlin überfetzten Aufsatz von Robert Blatchford in London über die Frage: „Sind die Reichen zu ihrem Reichtum berechtigt?“, entnehmen. Es wird darin in anschaulicher Weise gezeigt, mit welchen kapitalistischen Manipulationen sich Menschen in den Reiz weiterer, das Volk tributpflichtig machender Einnahmequellen bringen, ohne auch nur einen Schein sittlicher Berechtigung dazu zu be- sitzen. Wir hoffen, daß diese kleine Skizze dazu bei- tragen wird, das volkswirtschaftliche Erkenntnis- vermögen unserer Mitglieder zu bereichern.

Nehmen wir an — sagt Blatchford —, der Bankier Mendelssohn leiht dem Staate eine Million

Das Gesamtvermögen des Verbandes (Hauptkasse und Lokalkassen zusammen) stieg in diesem Jahre um 50155 Mk. Und zwar stieg das der Hauptverwaltung um 21851 Mk., das der Lokalkassen jedoch um 25301 Mark, deren jetziger Bestand auf die früher ganz ungeahnte Höhe von 104881 Mk. ange- wachsen ist. Ein sicheres Zeichen, daß unsere Lokalkassen sehr wohl in der Lage wären, noch mehr zu leisten.

Dieses ist in kurzen und knappen Umrissen das Ergebnis des ersten Jahres nach der Ver- schmelzung. Unsere Freunde und Kollegen werden daraus ersehen, daß wir marichieren. Noch hat unser Marktschritt keine Beeinträch- tigung erfahren, wie wir feststellen können. Wir hoffen daher, auch im zweiten Jahre nach der Verschmelzung mit gleich günstigen Ereignen aufwarten zu können. Es darf jedoch kein Aus- rufen auf unserem „Vorber“ geben. Denn wer rätet, der rohet! Und wir wollen, ja wir dürfen nicht rohen, denn das nächste Jahr er- fordert ein scharfschädliffenes Schwert. Sorgen wir dafür, daß es bei Bedarf vorhanden ist.

Die Gewerkschaftsorganisationen im Deutschen Reich im Jahre 1909.

Die Finanzverhältnisse der Gewerkschaften haben sich 1909 gegenüber dem Vorjahre nicht nur absolut, sondern auch relativ verbessert. Die Ein- nahmen stiegen von 48544396 Mk. auf 50529114 Mark, die Ausgaben von 42057516 Mk. auf 46264031 Mk. und die Vermögensbestände von 40839791 Mk. auf 43480832 Mk. Pro Kopf der Mitglieder berechnet, ergibt dies: Einnahme 27,57 Mark, Ausgabe 25,24 Mark und Vermögensbestand 23,73 Mk. gegenüber 26,50 Mk., 22,96 Mk. und 22,30 Mk. Es sind dies die höchsten relativen Ziffern, die bisher erreicht wurden. Ein kurzer Rückblick wird die enorme Steigerung zeigen, welche die Gewerkschaften gerade auf diesem Gebiete herbeigeführt haben. Die in den Statistiken ver- zeichneten Verbände hatten:

	Einnahmen		Ausgaben	Vermögen
	pro Kopf der Mitglieder berechnet			
	Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
1891	6,68	9,62	2,56	
1895	11,53	9,86	6,96	
1900	13,89	11,89	11,38	
1905	20,68	18,61	14,60	
1906	24,62	21,88	14,98	
1907	27,55	23,12	17,82	
1908	26,50	22,96	22,30	
1909	27,57	25,24	23,73	

Die Mitglieder der Gewerkschaften sind, teils um sich bei Arbeitslosigkeit und Krankheit eine Hilfe zu sichern, teils durch die Aussperrungsstatistik der Unternehmer, zu der Erkenntnis gekommen, daß höhere Beiträge geleistet werden müssen, wenn sie vor Not geschützt sein wollen. Sie haben im eigenen

gegen eine Verzinsung von 3 Proz. und erhält dafür jedes Jahr 30000 Mk. Wer bezahlt diese? Sie werden durch Steuern erhoben. Wer bezahlt diese Steuern? Diese werden entweder durch die Arbeiter selbst oder von Leuten, die ihr Geld durch die Ar- beiter verdienen, bezahlt. Der Herr Bankier be- zahlt seine Zinsen für immer; nachdem er seine Million in Zinsen zurückgehalten hat, zahlt ihm der Staat von dem demnächst mühselig erworbenen Verdienst, mein lieber Lehmann, so lange er oder seine Erben die Zinsen beanspruchen, jährlich 30000 Mk. Wahr- scheinlich ist diese Million für irgendeinen törichten Zweck, vielleicht für einen verwerflichen Krieg be- nötigt worden, weil aber vor vielen Jahren der Herr Minister ein Narr oder ein Lump war, wird jetzt der Reich und die Würfel der deutschen Arbeiter um 30000 Mk. jährlich für alle Zeit besteuert! Amen! Das schlimmste aber ist, daß das Geld, das der Herr Bankier dem Staate geliehen hatte, nicht etwa durch ihn selbst verdient worden ist, sondern daß es der Verdienst der Vorfahren desselben Volkes war, die nun seinen Erben die Zinsen bezahlen müssen.

Es kommt noch schlimmer! — Tatsächlich ist ein großer Teil des sogenannten „Kapitals“ überhaupt nicht vorhanden. Der Fürst zu Grafenberg ist ein sehr reicher Herr, er hat ein jährliches Einkommen von 300000 Mk., der Baron Schnoddrig ein solches von 400000 Mk., der Graf Faulpelz 500000 Mk. Die drei Kavaliere setzen sich mit einem Bankier,

Interesse die erhöhten Löhne übernommen, in dem Bewußtsein, daß nur die eigene Kraft entscheidet. Der Staat und das Unternehmertum haben bisher nur dahin gearbeitet, der werktätigen Bevölkerung alle Löhne aufzuerlegen. Nur diese zu erleichtern und einen Ausgleich zwischen der Lohnhöhe und der künstlich herbeigeführten Erhöhung der Kosten der Lebenshaltung zu ermöglichen, war größere Eier- willigkeit für die eigenen Organisationen erforder- lich. Und diese ist von Jahr zu Jahr in erhöhtem Maße seitens der Gewerkschaftsmitglieder betätigt worden. Während 1891 die meisten Organisationen einen Wochenbeitrag von weniger als 20 Pf. und nur 2 einen solchen von 21—30 Pf., 1 von 31 bis 40 Pf. und 2 von 41—50 Pf. erhoben, hatten 1909 einen Beitrag von

21—30 Pf.	4 Organisationen	7,0 Proz.
31—40 " 13	"	22,8 "
41—50 " 19	"	33,3 "
über 50 " 21	"	36,8 "

Nun gewährt diese Feststellung noch keinen vollen Heberblick über die tatsächliche Beitragsleistung. Es kommt in Betracht, daß in einigen Organisationen Staffelleistungen, in anderen nicht während des ganzen Jahres Beiträge erhoben werden. Einen annähernden Heberblick über die von den Mit- gliedern gezahlten Verbandbeiträge gewinnt man, wenn die Jahresbeitragsleistung der Mitglieder fest- gestellt wird. Es zahlten 1909 an Jahresbeiträgen entsprechend den Bestimmungen des Verbandstatuts:

Mk.	Mitglieder	Proz.	1908 Proz.
Bis 7,20	5977	0,83	0,03
7,80	1084	0,06	0,63
9,60—10,20	19424	1,06	1,08
10,40	33512	1,83	3,41
12,00	7385	0,40	0,48
13,00	42246	2,31	1,79
14,00—15,10	22310	1,22	1,89
15,60	54880	2,99	4,66
16,00—18,00	68446	3,76	4,18
18,20	29098	1,29	5,18
18,25—20,00	34192	1,86	1,71
20,80	408159	22,27	18,87
20,90—22,70	86065	4,69	4,78
23,40	23769	1,30	1,81
24,00—25,25	81897	4,74	4,45
26,00	362705	19,79	15,08
28,00	19446	1,06	2,55
28,60	67478	3,68	1,20
31,20	334058	21,50	20,81
32,00—34,00	30615	1,67	1,05
36,40	6724	0,37	0,08
36,60—41,60	4370	0,24	0,40
44,20—49,40	6945	0,38	0,13
52,00 und mehr	76933	4,20	3,91

Es zahlten somit Wochenbeiträge:

Mitglieder	Proz.	1908 Proz.	
Bis 20 Pf.	59947	3,24	5,10
21—30 "	126921	6,92	8,81
31—40 "	534895	29,18	20,94
41—50 "	604436	27,52	20,07
51—60 "	480981	26,24	24,56
über 60 "	125587	6,86	5,52

Die Zahl der Mitglieder mit höherer Beitrags- leistung ist, wie die Prozentberechnung zeigt, auch im Berichtsjahre wieder gestiegen.

einigen vermögenden Fabrikanten und einem Verp- werksbesitzer in Verbindung und entschließen sich, eine Aktiengesellschaft zum Bau eines Kanals zu begründen. Sie stellen Ingenieure und Arbeiter an, und um diese Löhne zu bezahlen und die nötigen Handwerkszeuge anschaffen zu können, benötigen sie Geld. Man fordert Bauanschläge ein, und die Kosten werden auf 2 Millionen Mark festgesetzt. Diese Summe wird aber nur benötigt, um das Werk ganz auszuführen; mit einer viel kleineren Summe kann begonnen werden. Man bringt 1000 Aktien zu je 2000 Mk. heraus, wovon je 250 Mk. sofort, der Rest in bestimmten Abständen eingezahlt ist. Die Gesellschaft besteht aus 10 Personen; jede dieser nimmt für 200000 Mk. Aktien und zahlt zunächst 25000 Mk. ein. Mit dieser Summe kommt man bis zur Fälligkeit der zweiten Rate aus.

Wir müssen nun die Lage dieser Kapitalisten betrachten. Der Fürst zu Grafenberg hat seine 25000 Mk. eingezahlt und Ende des Jahres hat er weiteres Kapital zur Verfügung, denn er erhält fortgesetzt ohne jede Arbeitsleistung Geld von den Vätern seiner Güter. Die Lage der anderen Herren ist ähnlich. Der Herr Bankier erhält seine Zinsen, der Bergwerksbesitzer seine Geschäftsgewinne. Alle diese Summen aber, gleichviel ob Mieten, Zinsen oder Geschäftsgewinne, sind von den Ar- beitern verdient worden.

Der Kanal wird also gebaut. Wer baut ihn wohl? Die reichen Aktionäre? J bewahre, er wird

In diesen statistischen Beitragsleistungen kommen dann noch Extrabeiträge, Lokalbeiträge und die sonstigen Einnahmen der Verbände. Es wurden vereinbart 1909 an: Eintrittsgeldern 337 063 Mk., Verbandsbeiträgen 41 679 448 Mk., Lokalbeiträgen 5 220 932 Mk., Extrabeiträgen 151 555 Mk., Beiträgen von arbeitenden Mitgliedern in Streitorten 211 560 Mk., Zinsen 944 768 Mk., Sonstigem 1 683 790 Mk.

Pro Kopf der Mitglieder berechnet hatten an Gesamtjahreserinnahme: Notenfischer 63,99 Mk., Lithographen 62,78, Buchdrucker 57,59, Bildhauer 45,38, Maler 41,18, Florierer 35,03, Holzarbeiter 34,62, Zimmerer 33,92, Kupferschmiede 33,90, Metallarbeiter 33,20, Schmiede 33,10, Porzellanarbeiter 33,02, Handschuhmacher 32,04, Lederarbeiter 31,66, Stuckateure 31,12, Papiereinfertiger 30,82, Tapezierer 29,43, Sattler 28,87, Buchbinder 28,24, Wältler 27,96, Bauhilfsarbeiter 27,32, Steinseher 26,96, Steinarbeiter 26,73, Putzwerker 26,64, Brauereiarbeiter 26,58, Töpfer 25,85, Mühlenarbeiter 25,79, Kürschner 25,69, Klogographen 25,54, Maler 24,88, Gastwirtsgehilfen 24,64, Friseur 24,20, Portefeuller 23,99, Schiffszimmerer 23,92, Textilarbeiter 22,88, Maurer 22,58, Gasenarbeiter 22,53, Tabakarbeiter 22,41, Schuhmacher 22,06, Schneider 21,61, Wäder 21,40, Seelente 21,14, Fabrikarbeiter 21,04, Glasarbeiter 21,04, Gemeindegeldarbeiter 20,92, Transportarbeiter 20,55, Dachdecker 20,16, Gärtner 20,09, Rajschmitten 18,79, Hotelbediener 17,38, Bergarbeiter 16,87, Buchdruckereihilfsarbeiter 16,67, Porenangestellte 16,67, Fleischer 16,59, Lagerhalter 16,26, Zivilmusiker 14,92, Asphaltreue 14,08, Handlungsgehilfen 12,63, Blumenarbeiter 12,48 Mk.

Die Gesamtergebnisausgabe von 46 264 031 Mk. verteilt sich auf die folgenden Posten:

Organisationen	Mk.
Reiseunterstützung	45 1 125 829
Umzugsunterstützung	34 281 231
Arbeitslosenunterstützung	44 8 598 928
Arbeitsunfähigen (Kranken-)Unterstützung	53 8 896 354
Invalidenunterstützung	10 493 505
Beihilfe in Sterbefällen	48 838 879
Beihilfe in Notfällen	48 547 174
Streiks im Beruf	50 6 339 916
Streiks in anderen Berufen und Ausland	57 564 515
Rechtschutz	55 288 187
Gemäßregelungenunterstützung	44 1 074 684
Verbandsorgan.	57 2 001 487
Bibliothek	36 220 069
Unterrichtskurse	31 88 828
Statistiken	14 58 931
Agitation	55 2 517 478
Druckschriften, Proschüren usw.	52 402 057
Stellenvermittlung	20 67 049
Konferenzen und Generalversammlungen	53 308 078
Sonstige Zwecke	54 2 345 467
Beitrag an die Generalkommission	52 278 076
Beitrag zu internat. Verbindungen	29 55 983
Beitrag an Kartelle und Sekretariate	46 786 696
Projektkosten	14 24 045
Verwaltungskosten (der Hauptkassen) persönliche	57 981 387
Verwaltungsmaterial.	55 601 713

von den Ingenieuren und Arbeitern fertiggestellt. Wer gibt aber das Geld für den Bau her? Die reichen Aktionäre? Ganz und gar nicht. Das Geld wird in Form von Mieten, Zinsen oder durch Geschäftsgewinn samt und sonders von den Landarbeitern, den Bergleuten und den Fabrikarbeitern verdient. Wenn nun aber die Ingenieure und Arbeiter den Kanal gebaut und die Landarbeiter, Bergleute und Fabrikarbeiter ihn bezahlt haben, wem gehört er dann? Ist er dann Eigentum der Arbeiter, die ihn erbauten? Ganz und gar nicht. Gehört er den Arbeitern, die das Geld verdient haben, um ihn zu erbauen? Keine Spur! — Er gehört dann den reichen Aktionären, dem Herrn Fürsten, dem Baron, dem Grafen und den anderen Feilschern der Gesellschaft! Diese Herren beschäftigen nun nach Fertigstellung des Kanals andere Angestellte, die das Werk verwalten, und den Nutzen aus ihm stießen diese sogenannten Kapitalisten ein!

Alle Güter, die nunmehr auf dem Kanal befördert werden, müssen einen Zoll zahlen, und dieser Zoll bildet nach Abzug der Unkosten für die Beamten, für Reparaturen und andere Ausgaben den Verdienst, den die Aktionäre als Dividende unter sich verteilen. Wer zahlt denn nun diese Dividenden für Benutzung des Kanals? Sie wird von Leuten, die den Transport besorgen, also von den Expediteuren zunächst erhoben. Diese wiederum belasten die Großhändler, denen sie die Waren zuführen, hiermit, dann bezahlen ihn die Händler, und schließlich

Die Ausgabe für Streiks und Aussperrungen ist gegenüber dem Jahre 1908 um 2 000 000 Mk. höher, erreicht aber bei weitem nicht die Höhe der Jahre 1905 bis 1907, in denen sie 9 674 094 Mk., 13 748 412 Mk. und 13 196 363 Mk. betrug. Auch die Unterstützung bei Arbeitslosigkeit und Krankheit erforderte höhere Aufwendungen als im Jahre 1908. Mit diesen Ausgaben sind die Gewerkschaften in den drei Jahren der wirtschaftlichen Krise ganz außerordentlich belastet worden. Es wurden gezahlt an Unterstützungen für:

	1907	1908	1909
	Mk.	Mk.	Mk.
Reise	869 148	1 184 353	1 125 829
Umzug	275 716	290 157	281 231
Arbeitslose	4 375 012	8 134 388	8 598 928
Kranke	5 635 387	8 473 853	8 896 354
Sterbefälle	642 385	686 494	838 879
Notfälle	467 707	508 976	547 174
Gemäßregelte	1 010 045	1 440 263	1 074 684
	13 275 400	20 698 484	21 358 079

Es sind nicht weniger als 55 000 000 Mk. für diese Unterstützungen in den letzten drei Jahren verausgabt worden.

Die Aufwendungen, welche einzelne Organisationen für Arbeitslosen- und Krankenunterstützung im Berichtsjahre machen mußten, stehen hinter den Leistungen der beiden Vorjahre nicht zurück. In den drei Jahren wirtschaftlicher Depression haben die Gewerkschaften wiederum den Beweis geliefert, daß sie nicht nur ihrer Aufgabe, den Mitgliedern in den Zeiten der Not einen Rückhalt zu bieten, gewachsen sind, sondern auch den Beweis dafür, daß nur die Gewerkschaften als die Träger der Arbeitslosenversicherung gelten können. Jede Einrichtung der Arbeitslosenfürsorge, die sich nicht auf die Gewerkschaften aufbaut, wird verfallen. Nun werden die Gegner der staatlichen Arbeitslosenfürsorge sagen, daß wenn die Gewerkschaften sich auf diesem Gebiete so leistungsfähig erwiesen haben, man ihnen dieses auch für die Zukunft überlassen und von einem Eingreifen des Staates absehen könne. Demgegenüber ist zunächst prinzipiell zu bemerken, daß die Arbeiter nicht die Verantwortung für die wirtschaftlichen Krisen tragen, sondern daß diese eine Folge des heutigen Wirtschaftssystems sind, dessen Aufrechterhaltung als die vornehmste Aufgabe der Staatsgewalt gilt. Würde man den Arbeitern ein Mitbestimmungsrecht bezüglich Einschränkung der Produktion während der Periode verminderten Absatzes einräumen, so könnte man ihnen einen Teil der Verantwortung zuweisen. So aber gelten sie nur als Objekte im Produktionsprozess, die man nach Bedarf heranzieht und bei Einsetzen der Krise ohne Rücksicht darauf, ob sie während der Arbeitslosigkeit ihr einziges Gut, ihre Arbeitskraft, einbüßen, wieder abstoßt. Der Staat sorgt außerdem durch die Erhöhung und Vermehrung der indirekten Steuern dafür, daß die Konsumfähigkeit der Arbeiterklasse herabgemindert wird, was eine Einschränkung der Produktion und vermehrte Arbeitslosigkeit zur Folge hat. Somit ist es Pflicht des Staates, dem die Verantwortung für die wirtschaftlichen Krisen zufällt, für deren Opfer Fürsorge zu treffen.

zählt das konsumierende, das die Ware kaufende Publikum den Zoll. Dieses heißt aber aus Arbeitern, die den Zoll aus dem durch ihren Fleiß erzielten Verdienste bezahlen, oder aber aus wohlhabenden Leuten, die ihn aus dem Verdienste anderer entrichten.

Nun wollen wir all das kurz zusammenfassen. Der Fürst zu Grafenberg leiht 25 000 Mk., die er durch die Arbeit seiner Pächter und deren Unterlegen besitzt; dann leiht er noch 175 000 Mk., die er bei Gründung der Gesellschaft nicht besaß, die er aber erhält, nachdem seine Pächter das Geld für ihn verdient haben. Er bezahlt also die Ingenieure und Arbeiter, die den Kanal fertigstellen sollen, mit dem Geld, das von den Pächtern und deren Angehörigen verdient worden ist oder verdient werden wird. Der Kanal ist nunmehr gebaut und der Herr Fürst erhebt Zölle, die von den Arbeitern bezahlt werden; sicherlich sind hierunter Landarbeiter, Ingenieure, Fabrikarbeiter und Bergleute, die das Geld, mit welchem der Kanal erbaut wurde, selbst verdient haben. Mit anderen Worten: Die Arbeiter zahlen dem Fürsten, dem Grafen und all den anderen Zinsen für Geld, die sie selbst durch ihrer Hände Arbeit erworben haben. Allmählich wird man nun verstehen, welche Bedeutung die Bezeichnungen Miete, Zinsen und Geschäftsgewinne haben. Fast das ganze, so bewunderte Kapital, das Vermögen der Reichen, wird alljährlich neu hergebracht. Von wem wohl? Von den Reichen? Von dem Fürsten

Aber auch aus praktischen Gründen kann man den Gewerkschaften die volle Leistung der erforderlichen Mittel für die Arbeitslosen nicht zumuten. Was heute gefordert wird, kann bei fast allen Gewerkschaften nur als das Neueste angesehen werden, das erforderlich ist, um die Arbeitslosen vor der größten Not zu schützen. Soll die Unterstützung so bemessen werden, daß sie ausreicht, um den Arbeitslosen vor Einbuße an seiner Arbeitskraft zu bewahren, so wäre eine enorme Erhöhung der Beiträge erforderlich. Außerdem können, wenn nicht eine ganz außerordentliche Belastung der Mitglieder eintreten soll, nicht alle Gewerkschaften die Arbeitslosenunterstützung einführen. Zwar hat in den letzten Jahren die Zahl der Gewerkschaften, die diesen Unterstützungszweig durchführen, ganz erheblich zugenommen. Während 1891 nur 19 Verbände, 1895 = 12, 1900 = 18 Verbände Arbeitslosenunterstützung zahlten, stieg deren Zahl 1905 auf 36 und 1909 auf 39. Von den 18 Verbänden, die im letzten Jahre eine solche nicht hatten, gehören 10 dem Baugewerbe an. Bei einigen anderen Verbänden, die keine Arbeitslosenunterstützung zahlen, wie bei den Gastwirtsgehilfen und Zivilberufsmuskulern, wird deren Durchführung infolge der eigenartigen Verhältnisse äußerst schwierig sein.

Nach den Opfern, welche die gewerkschaftlich organisierten Arbeiter für ihre arbeitslosen und sonst leidenden Berufsgenossen bisher gebracht, sollte jeder rechtlich Denkende zu der Erkenntnis kommen, daß der Staat sich der Pflicht, für die Opfer der wirtschaftlichen Krise Vorkehrung zu treffen, nicht mehr entziehen dürfe. Von 1891 bis 1909 wurden seitens der Gewerkschaften gezahlt für:

Arbeitslose	34 112 885 Mk.
Reisende	10 393 441 "
Kranke	36 094 701 "
Umzug, Not- und Sterbefälle	8 553 798 "
Gemäßregelte	6 638 112 "
Invalide	9 044 044 "
Rechtschutz	2 432 921 "

Das sind in 19 Jahren 101 179 992 Mk. Demgegenüber steht eine Ausgabe für Streiks und Aussperrungen von 71 788 648 Mk.

Diese Gegenüberstellung soll nicht ein Nachweis dafür sein, daß die Gewerkschaften nicht Kampfgewerkschaften sind, sondern sie soll die Opferwilligkeit der Arbeiterklasse gegenüber den Hilfsbedürftigen erweisen.

Der innere Ausbau der gewerkschaftlichen Centralverbände hat auch im Berichtsjahre Fortschritte gemacht, doch lassen diese sich im einzelnen nicht schildern. Im Jahre 1909 zahlten Unterstützungen für: Reisende 42, Umzug 28, Arbeitslose 39, Kranke 48, Invalide 5, Notfälle 34 und bei Sterbefällen 46 Verbände. Im Jahre 1908 wurden 40 Verbände verzeichnet, die Arbeitslosenunterstützung, und 6, die Invalidenunterstützung zahlten. Die Verringerung der Zahl ist auf den Anschluß der Verbände der Handschuhmacher und Portefeuller an andere Organisationen zurückzuführen. Die 57 Verbandsorgane hatten 1909 eine Gesamtauflage von 2 032 596 Exemplaren gegenüber 1 951 285 Exemplaren im Jahre 1908.

und seinen Konforten? Ach, ganz und gar nicht! Von den Arbeitern wird alles erzugt, denn jeder Wohlstand muß durch Arbeit herbeigeführt werden! Andere Mittel gibt es hierzu nicht!

Man erzählt uns, der Herr Bergwerksbesitzer Strömball wäre ein Millionär! Denkt ihr, er hat eine Million oder hundert Millionen in seinem Kassenjoch liegen? Glaubt ihr, daß der Himmel Millionen Goldstücke auf den Fürsten zu Grafenberg oder den Kaiser Mendelssohn herunterregnet? — Der Millionär besitzt nicht viel; sicherlich nicht viel Geld! Aber er hat Aktien, Hypotheken und andere schriftliche Unterlagen, die Wucherer und Teufel erbeutet haben mögen, durch die er jahraus, jahrein auf gefeblige Weise Millionen des durch die Arbeit der Armen geschaffenen Wohlstandes an sich reißt.

Der Fürst verdient jährlich 300 000 Mk. Nun, wie verdient er diese? Er erhält sie in Form von Mieten, Vorräten, Dividenden und Zinsen, aber jeder Pfennig stammt von dem Vermögen her, das die Arbeiter produzieren. An Pacht allein heimst der Fürst, der sich den größeren Teil des Jahres zu seinem Vergnügen im Auslande aufhält, 30 000 Mark ein, so sagt man dir. Nun, bevor nicht der Gutsarbeiter das Getreide gemäht und der Pächter es verkauft hat, besitzt er diese Einkünfte nicht. Nimmt ihm seine Landarbeiter, diese armen geplagten Anechte — und der Herr Fürst ist ein Bettler.

Die deutschen Getreidezölle.

Den Brennpunkt der Agitation im kommenden Reichstagswahlkampf werden die Zölle und indirekten Steuern bilden. Denn der neue Reichstag, der übers Jahr gewählt wird, wird vor allen Dingen die Frage zu entscheiden haben, ob in Deutschlands Handelspolitik die alte Richtung beibehalten oder geändert werden soll.

Der letzte große Zollkampf wurde 1902 geführt. Acht Jahre sind verflossen, seit man damals den Zolltarif annahm; seit vier Jahren ist er in Kraft. Da heißt es nunmehr prüfen, wie die wirtschaftliche Entwicklung Deutschlands in diesen vier Jahren unter der Wirkung des Zolltarifs verlaufen ist.

Einen wertvollen Beitrag zu dieser Arbeit liefert die eben erschienene Deuschrift des Münchener Professors Brentano über: „Die deutschen Getreidezölle“. Wertvoll ist insbesondere das Material an Zahlen und Tatsachen, das Brentano in einer Reihe von nicht weniger als 23 Tabellen — wozu noch viele Zahlen im Text kommen — über die neuesten Wirkungen der Getreidezölle beibringt.

Es handelt sich im wesentlichen um drei Fragen: 1. Wie haben die Zölle auf die Konsumenten gewirkt? 2. Wie haben sie auf die Finanzen des Reiches gewirkt? 3. Wie haben sie auf die Landwirtschaft selbst gewirkt?

Wir beginnen mit der ersten Frage: Wirkung des Zolls auf die Konsumenten. Die Behauptung der Sozialdemokratie (wie überhaupt aller Gegner der Getreidezölle) ging dahin, daß durch den Zoll die Preise der Lebensmittel gesteigert, also die Lebenshaltung der Konsumenten allgemein verteuert werden müsse. Die Vertreter der Zölle dagegen behaupteten: den Zoll werde das Ausland bezahlen müssen; denn dieses sei auf den Abzug seines Getreides nach Deutschland angewiesen, es werde also dessen Preis um den Betrag des Zolles ermäßigen müssen. — Hierüber belehren uns in Brentanos Schrift eine Reihe von Tabellen.

Die erste dieser Tabellen zeigt die Bewegung der deutschen Getreidepreise seit den 20er und 30er Jahren des vorigen Jahrhunderts, insbesondere seit 1885. In den letzten Jahren, die uns hier ja nur allein interessieren, betrug der Preis pro Tonne Roggen in:

Table with 4 columns: Year, Berlin, Danzig, München. Rows for years 1904 to 1909.

Wir sehen also ein Steigen des Preises, schon bevor der Zoll in Kraft getreten (deshalb haben wir die Zahlen seit 1904 angegeben). Aber sobald der neue Tarif 1906 in Kraft getreten, ging der Roggenpreis in allen drei Orten sprunghaft in die Höhe, 1907 noch viel mehr, um dann wieder zu sinken, aber doch bis 1909 weit höher zu bleiben, als er vor der Zollerhöhung war.

Table with 4 columns: Year, Berlin, Danzig, München. Rows for years 1904 to 1909, showing wheat prices.

Hier erübrigt sich jedes Wort der Erläuterung. Man braucht nur die Anfangs- und Endzahlen jeder Reihe zu vergleichen und zu beachten, daß die Steigerung fast überall ununterbrochen vor sich ging und seit 1907, unter der vollen Wirkung des Zolles, kolossal wurde.

Wir kommen zum Hafer. Er kostet pro Tonne in:

Table with 4 columns: Year, Berlin, Danzig, München. Rows for years 1904 to 1909, showing oat prices.

Das Bild ist das gleiche wie beim Roggen: ein Rückgang seit 1907, der aber den Preis immer noch weit über die Höhe von 1904 und 1905 läßt.

Table with 4 columns: Year, Danzig, Magdeburg, München. Rows for years 1904 to 1909, showing prices for other grains.

Um einen billigen Einwand zu beseitigen, sei gleich hier bemerkt, daß — wie ja die Tabelle selbst zeigt — die Preise selbstverständlich nicht nur vom Zoll abhängen. Man könnte auf diese bisher angeführten Zahlen erwidern, sie enthielten keinen Beweis dafür, daß die Preissteigerung gerade durch den Zoll verursacht sei. Was dieser Einwand wert ist, werden unsere weiteren Erörterungen noch zeigen. Jedenfalls ist die Teuerung selbst durch die Tabelle erwiesen.

Eine andere Tabelle belehrt uns darüber, daß Veränderungen im Getreidepreis sich sofort im Brotpreis fühlbar machen. Da sie aber nur Zahlen bis zum Jahre 1898 enthält, lassen wir sie weg.

Von der Belastung des Einkommens durch Zölle und Verbrauchssteuern berichtet eine Tabelle, die sich auf eine Studie des Dr. Gerloff in den Contradschen Jahrbüchern stützt, die zwar auch noch Zölle und Steuern voraussetzt, die vor 1906 galten, aber trotzdem wertvoll ist, weil neuere Bearbeitungen des Gegenstandes noch nicht existieren.

Gerloff hat, neben anderem Material, 180 Haushaltungsrechnungen aus den Jahren 1900 bis 1906 verwendet, die er in fünf Klassen nach der Höhe des Einkommens teilte. Er fand folgende Belastung durch die Getreidezölle:

Table with 4 columns: Income in M., Total consumption, Expenditure on grain, Percentage of total income. Rows for income brackets from 4000-6000 M. down to under 800 M.

Je kleiner das Einkommen, desto höher die Belastung (prozentual) durch den Zoll.

Lehrreich ist auch die Tabelle über den Zusammenhang der Getreidepreise mit den Eigentumsverbrechen. Weil sie je doch ebenfalls nur älteres Material bis zum Jahre 1898 enthält, muß sie in diesem Zusammenhang außer Betracht bleiben.

Sehr wichtig ist die tabellarische Uebersicht über die Verteilung des Zollgewinns. Diese Uebersicht läßt erkennen, wieviel von den Summen, die durch den Zoll den Konsumenten insgesamt auferlegt sind, in die Kasse des Reiches und wieviel in die Taschen von Privatleuten fließt. Denn Zoll wird ja nur bezahlt für dasjenige Getreide, das vom Auslande kommt, und nur diesen Zoll berechnete das Reich. Aber das andere im Inland geerntete Getreide ist ja ebenfalls durch den Zoll verteuert, und den Mehrbetrag, den der Konsument hierfür zahlen muß, behalten Privatpersonen. Es ist ermittelt worden, daß 81 Proz. des für den Konsum zur Verfügung stehenden Getreides in den Handel kommt, also der unter dem Einfluß des Zolles stehenden Preisbildung unterliegt.

Nehmen wir nun zunächst das Jahr 1907. Damals waren insgesamt verfügbar zum Konsum:

Table with 2 columns: Grain type, Quantity in Tons. Rows for Roggen, Weizen, Hafer.

Dabei sind also 81 Proz. durch den Zoll (50 Mark pro Tonne für Roggen und Hafer, 55 M. für Weizen) verteuert worden. Das ergibt insgesamt eine Verteuierung von (rund)

Table with 2 columns: Grain type, Amount in Millions of Marks. Rows for Roggen, Weizen, Hafer.

Nun sind aber aus dem Auslande nur gekommen:

Table with 2 columns: Grain type, Percentage of total consumption. Rows for Roggen, Weizen, Hafer.

Nur der hierfür wirklich gezahlte Zoll ist in die Reichskasse geflossen, und das war (in runden Ziffern):

Table with 2 columns: Grain type, Amount in Millions of Marks. Rows for Roggen, Weizen, Hafer.

Zusammen 88 1/2 Millionen Mark

An dem Rest von 834 1/2 Millionen Mark haben sich Privatleute bereichert!! Die Getreide kaufende Bevölkerung hat also auf dem Wege des Zolles an die Reichskasse nur 1,93 M. pro Kopf gesteuert, an die privaten Nutznießer des Zolles dagegen 16,52 M.!

Wir geben noch die entsprechenden Zahlen für 1908 und 1909. — 1908 waren insgesamt verfügbar zum Konsum:

Table with 2 columns: Grain type, Quantity in Tons. Rows for Roggen, Weizen, Hafer.

Hiervon 81 Proz. zu den genannten Zollsätzen verteuert, ergibt eine Gesamtverteuierung von rund 946 1/2 Millionen Mark. Eingeführt wurden 1908 vom Auslande 1,9 Proz. des konsumierten Roggens, 39,8 Proz. des Weizens. Hafer wurde nicht eingeführt. Der für den Import bezahlte Zoll betrug rund 107 1/2 Millionen, der Rest von fast 830 Millionen floß in private Taschen. Die Getreide kaufende Bevölkerung steuerte pro Kopf 2,09 Mark ans Reich, 16,37 M. an Privatleute.

1909 kamen zum Verbrauch:

Table with 2 columns: Grain type, Quantity in Tons. Rows for Roggen, Weizen, Hafer.

Nach der obigen Berechnung bedeutet dies eine Gesamtverteuierung von rund 888 1/2 Millionen Mark. Aus dem Auslande kamen 20,9 Proz. des konsumierten Weizens, 1,9 Proz. des Hafers, kein Roggen. Es flossen demnach in die Reichskasse nicht ganz 76 Millionen Mark Zoll, Privatleute ergratteten über 812 1/2 Millionen. Pro Kopf der Getreide kaufenden Bevölkerung zahlte 1,46 M. ans Reich, 15,65 M. an Privatleute.

An Summa macht dies für die drei Jahre eine Gesamtverteuierung von über 2767 Millionen Mark, wovon aber das Reich nur 281 1/2 Millionen abbekam, 2485 1/2 Millionen dienten in bloß drei Jahren zur Bereicherung von Privatpersonen. Jeder einzelne Getreidekäufer hat beigetragen fürs Reich 5,48 M., für jene Privatpersonen 48,55 M.

Im Anschluß an diese Zahlen bringt eine Tabelle dann noch den Vergleich der Lebensmittelpreise in den Grenzorten Eischeide in Holland und Gronau in Deutschland, die nur 5 Meilen voneinander entfernt sind. Der Vergleich, der ergibt, daß man im östlichen Holland für 21 M. ebensoviel kaufen kann, wie im Ruhrgebiet für 28 M., ist in der Parteipresse schon früher veröffentlicht worden und erübrigt sich, hier darauf einzugehen.

Brüssel und seine Weltausstellung.) Flaubereien von W. Th. Schlußbetrachtungen. Hat man die Ausstellung endlich durchgefaut und zieht man das Fazit aus den unendlich vielen Darbietungen, so wird man in der Gewißheit befestigt, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst werden wird. Indirekt bedeutet eine solche Weltausstellung eine starke Aufreizung zum Klassenhaß, denn bei der Tatsache, daß alle die gewaltigen Fortschritte der Technik, alle die prächtigen Erfindungen, durch die das Leben aller Menschen leicht und angenehm gestaltet werden könnte, schließlich doch nur einem verschwindenden Bruchteil der Menschen zugute kommen, mag sich leicht die Faust ballen. Trübt dazu noch die Ermägung, daß alle die herrlichen Produkte der Industrien und der Kunst nicht dazu bestimmt sind, das allgemeine Kulturniveau zu heben, sondern daß alles in erster Linie erzeugt wird, um dem Besitzer der Produktionsmittel auf Kosten der produzierenden Arbeiter riesengewinne zu verschaffen, so muß auch dem Dämmsten einleuchten, welche nichtsnutzige Barberei die heutige gottgewollte Staatsordnung ist.

Und noch ein anderer Gedanke steigt auf: Gleichviel, ob wir die unergleichlich schönen Mar- mor- und Gipsstatuetten betrachten, die Italien und Griechenland zeigen oder die Web- und Wirkwaren

Brüssel und seine Weltausstellung.)

Flaubereien von W. Th. Schlußbetrachtungen.

Hat man die Ausstellung endlich durchgefaut und zieht man das Fazit aus den unendlich vielen Darbietungen, so wird man in der Gewißheit befestigt, daß der Kapitalismus durch den Sozialismus abgelöst werden wird. Indirekt bedeutet eine solche Weltausstellung eine starke Aufreizung zum Klassenhaß, denn bei der Tatsache, daß alle die gewaltigen Fortschritte der Technik, alle die prächtigen Erfindungen, durch die das Leben aller Menschen leicht und angenehm gestaltet werden könnte, schließlich doch nur einem verschwindenden Bruchteil der Menschen zugute kommen, mag sich leicht die Faust ballen. Trübt dazu noch die Ermägung, daß alle die herrlichen Produkte der Industrien und der Kunst nicht dazu bestimmt sind, das allgemeine Kulturniveau zu heben, sondern daß alles in erster Linie erzeugt wird, um dem Besitzer der Produktionsmittel auf Kosten der produzierenden Arbeiter riesengewinne zu verschaffen, so muß auch dem Dämmsten einleuchten, welche nichtsnutzige Barberei die heutige gottgewollte Staatsordnung ist.

Und noch ein anderer Gedanke steigt auf: Gleichviel, ob wir die unergleichlich schönen Mar- mor- und Gipsstatuetten betrachten, die Italien und Griechenland zeigen oder die Web- und Wirkwaren

*) Siehe Nr. 27, 28, 30, 31, 32 und 33.

vorasiatischer Länder oder die Kiefernmaschinen mittel- und weiteuropäischer Staaten oder die zierlichen Produkte Spaniens oder auch die praktischen Gebrauchsgegenstände Nordamerikas — überall sind es intelligente Männer und Frauen gewesen, deren fleißige Hände die Waren erzeugt haben. Was auch den Ingenieuren, Modellneuren und sonstigen Vorarbeitern voll das ihnen zuteilende Maß von Anerkennung zuteil werden, ohne die Intelligenz der Arbeiter würden sich nicht ihre Zeichnungen, Berechnungen und Ideen in die praktische Wirklichkeit übertragen können. Die geistigen Arbeiter in Gemeinschaft mit den schaffenden Proletariaten sind es allein, die der fortschreitenden Kultur neue Bahnen brechen und das Weg ebnen. Der Kapitalismus spielt beiden gegenüber nur den Kumpel. Er mäht sich ebenso vom Fleiß der Hände wie von der Kapitalarbeit derer, die ihm ironen müssen. Es kann nicht ausbleiben, daß diese Tatsache mit der Zeit allen Arbeitern in allen Ländern klar ins Bewußtsein steigt. Ist aber erst der unerbittliche Gegensatz zwischen Arbeit und Kapital allen Proletariaten zum Erkenntnis gekommen, wird das Kapital vom Arbeiter nicht mehr als Protzgeber, sondern als Protznehmer beurteilt, also als das, was es wirklich ist, so ist nur noch ein Schritt bis zur weiteren Erkenntnis, daß das kapitalistische Joch abgeschüttelt werden kann mit allen den staatlichen Einrichtungen, durch die das Kapital sich festklammert und sich tief eingegraben hat in den Volkstörper. Das „Erwache, Volk erwache“, das heute noch ein Mahn- und Weckruf ist, der unermüdet an Millionen Proletariaten vorbeifliegt, wird dann gehört und befolgt werden, und die Stunde wird geschlagen haben, in welcher der demokratische Sozialismus über den kapitalistischen Klassenkampf triumphiert.

Wenn Baugrund und Ackergerände keine Bodenrente mehr zu bringen brauchen, wenn alle Produkte der Industrien nicht mehr dem Kapitalprofit tributpflichtig sind, wenn alle technischen Fortschritte ohne weiteres in allen Betrieben, je nach ihrer Art, zur Anwendung gelangen können, wenn demnach die Preise aller Produkte nur ihrem wirklichen Werte, also der in ihnen stehenden gesellschaftlich notwendigen Arbeitszeit entsprechen, dann wird eine völlig ausreichende Wohnung, mit allen technischen Fortschritten ausgestattet, lächerlich nicht mehr zu kosten brauchen, als höchstens den Wert von hundert Arbeitsstunden, und die Ernährung, die Bekleidung, die Erneuerung und Vermehrung der Wirtschaftsgegenstände wird ebenfalls eine gegen die heutigen Verhältnisse lächerlich geringe Aufwendung erfordern, so daß das Arbeitsjahr nicht 300 Tage zu umfassen braucht, der Arbeitstag nicht zehn oder auch nur acht Stunden, und der Arbeiter nicht wird schlafen müssen, bis er stehend zusammenbricht, oder bis er arbeitsunfähig geworden ist. Dann erst wird auch der Arbeiter leben, und jeder Gesunde wird ein Arbeiter sein. Dann erst wird von wirklicher Kultur und von ununterbrochenem Kulturfortschritt die Rede sein können. Dann wird aber auch der Mensch ein ganz anderer Kerl werden; alle die Schwächen und Laster, die fortgesetzt Armut ebenso erzeugen wie endlosen Ueberfluß, werden dem Menschen nicht mehr anhaften können. Schafft bessere Verhältnisse, und ihr werdet bessere Menschen haben. Befreit den Kapitalismus, und es wird weder Herren noch Knechte mehr geben, sondern nur noch Männer, Menschen.

So lösen die schrillen Disharmonien, die eine Weltausstellung in uns erwecken muß, letzten Endes doch freudige Gedanken, die uns über das hinausführen, was ist, und uns zeigen, was und wie es werden muß. Der Sozialismus wird siegen, weil er siegen muß.

Der Arbeitsmarkt in Deutschland im Monat Juli 1910.

Die Lage auf dem Arbeitsmarkt, die im allgemeinen während des Monats Juli kaum eine bemerkenswerte Veränderung aufweist, wurde in diesem Jahre durch die Wiederaufnahme der Arbeiten im Baugewerbe nach der Aussperrung erheblich beeinflusst. Im übrigen war auf dem Ruhelosienmarkt keine Besserung zu verzeichnen; es mußten mehr Arbeiter als im Vormonat eingestellt werden. Im ober-schlesischen Kohlengebiet wird die Lage noch als befriedigend bezeichnet; hier reichen die Arbeitskräfte im allgemeinen aus, stellenweise mangelt jedoch inländische Arbeiter. In der Automobilindustrie wird der Geschäftsgang nach der Mehrzahl der Berichte als gut bezeichnet. Ein Großbetrieb in der Nähe Berlins berichtet ein Ueberangebot von Arbeitskräften. Der Eisenbahnwagenbau war fast durchweg nicht ausreichend mit Aufträgen versehen, der Geschäftsgang war vielfach schlechter als im Vorjahre zur gleichen Zeit. Einige schlesische Betriebe melden ein Ueberangebot von Arbeitskräften. Ueber die Lage des Luxuswagen-

baus und der Dreibriemenindustrie liegen besondere Berichte nicht vor. Die Lederwaren- und Reiseartikelindustrie wies nach Berichten aus Offenbach a. M. gegen den Vormonat eine weitere Verbesserung auf; Arbeitskräften waren hier gesucht! Auf je 100 offene Stellen in der Lederindustrie kamen im Juli 211 männliche und 76 weibliche Arbeitsuchende. Die entsprechenden Zahlen des gleichen Monats im Vorjahre lauten 268 bzw. 99.

Die Metall- und Maschinenindustrie war ausreichend beschäftigt, das Angebot an Arbeitskräften deckte fast durchweg die Nachfrage. Die elektrische Industrie hatte, soweit Berichte vorliegen, gleichfalls einen zufriedenstellenden Geschäftsgang zu verzeichnen; die Verhältnisse auf dem Arbeitsmarkt waren normal. Was die Textilindustrie betrifft, so lagen vor allem die Baumwollspinnereien über eine ungünstige Geschäfts-lage, so daß vielfach wöchentlich Feierschichten eingesetzt werden mußten. Die chemische Industrie war bei normalen Arbeitsangebot gut mit Aufträgen versehen. Nach den Berichten der Krankenkassen ergab sich im Juli für die versicherungspflichtigen Mitglieder eine Zunahme der Beschäftigungsziffer um insgesamt 41 574 Mitglieder, die sich aus einer Zunahme der männlichen Mitglieder um 51 456 und einer Abnahme der weiblichen Mitglieder um 9882 zusammensetzt. Im Vorjahre war die Zunahme (+ 12 163) erheblich geringer; im einzelnen betrug die Zunahme für die männlichen Mitglieder nur 15 636, während die Abnahme bei den weiblichen Mitgliedern geringer als in diesem Jahre war. Dabei ist jedoch im Auge zu behalten, daß die im Vergleiche mit dem Vorjahre erhöhte Zunahme in den Monaten Juli und Juni in erster Linie auf das Baugewerbe entfällt. Bei der Gesamtzahl der Arbeitsnachweise, von denen vergleichbare Zahlen vorliegen, kommen im Juli 1910 auf 100 offene Stellen bei männlichen Personen 162 Arbeitsuchende gegen 202 im entsprechenden Monat des Vorjahres und 165 im Juni 1910. Es ist demnach gegen den Vormonat eine kleine und gegen den gleichen Monat des Vorjahres eine erhebliche Besserung zu verzeichnen. Bei weiblichen Personen kommen im ganzen auf 100 offene Stellen 93 Gesuche gegen 98 im Juli 1909 und 88 im Vormonat. Im einzelnen hielt auf dem Berliner Arbeitsmarkt die nicht ungünstige Lage des Vormonats an; gegen die gleiche Zahl des Vorjahres war eine wesentliche Besserung zu verzeichnen. Ähnlich lautet das Gesamtergebnis für Schleswig-Holstein und Kiel. In Hesse, Hessen-Kassel und Waldeck war in der Metallindustrie im allgemeinen eine langsame Verbesserung des Arbeitsmarktes zu beobachten. Die Nachfrage nach Arbeitskräften für die Landwirtschaft konnte nicht befriedigt werden. Eine erhebliche Besserung gegen das Vorjahr wird auch aus Bayern, Württemberg und Baden berichtet; im Vergleich mit dem Vormonat hielt die verhältnismäßig günstige Lage des Arbeitsmarktes an. Die Einnahmen aus dem Güterverkehr deutscher Eisenbahnen betragen im Juli 140 490 046 M., d. h. 5 675 871 M. mehr als im gleichen Monat des Vorjahres; dies bedeutet eine Mehrerhebung von 71 M. oder 2,78 Proz. auf 1 Kilometer.

Eine höfliche Anfrage an das Marineministerium!

Unsere Seeresverwaltung legt bekanntlich, und zwar mit vollem Recht, außerordentlichen Wert darauf, daß die Ausriistungsjahre für den Armeebedarf möglichst solide und dauerhaft gearbeitet werden. Man ist daher namentlich in den letzten Jahren dazu übergegangen, den Maschinen genau zu prüfen, hängt doch von dessen Haltbarkeit auch die Dauerhaftigkeit des Fertigproduktes ab. Außerdem sind auch Bestimmungen darüber getroffen worden, ob und welche Nähte mit der Hand genäht werden müssen, und bei welchen es freisteht, sie mit der Maschine zu nähen. Es gibt nun ganz sicher bei vielen Stellen eine Anzahl Nähte, die unbedingt mit der Maschine hergestellt werden können, ohne daß die Haltbarkeit des Stückes darunter zu leiden braucht.

Es gibt aber auch Nähte, an deren Festigkeit so hohe Anforderungen gestellt werden, daß selbst die solideste Handnaht von Zeit zu Zeit wieder erneuert werden muß. Werden nun derartige Nähte nun gar mit der Maschine hergestellt, so kann man ruhig sagen, um höflich zu sein, daß solches Verfahren nicht im Interesse der Auftraggeber und dem der Steuerzahler liegt.

Uns sind nun leider die Bestimmungen der Seeresverwaltung über die Art der Herstellung der einzelnen Arbeiten nicht bekannt, wir wären somit in der Lage, die von uns hier aufgeworfene Frage selbst zu beantworten.

Die Patronengürtel für Marine wurden bisher bei allen Firmen, soweit uns bekannt ist, mit der Hand genäht, was auch durchaus notwendig ist. Der Preis, der für diese Arbeit gezahlt wurde, schwankte

zwischen 1,50 M. bis 2 M. Nebenbei gesagt, ein ganz außerordentlich schlechter Preis, bei dem auch der beste Arbeiter nichts verdienen konnte. Jeder betrachte eine solche Arbeit stets als eine Strafarbeit. Es ist also nicht der Zweck dieser Zeilen, eine gut bezahlte Arbeit den Händen der Maschine zu entreißen, sondern wir hätten, zum mindesten bei den jetzt bestehenden Preisen, nichts dagegen, wenn diese Patronengürtel allesamt mit der Maschine hergestellt würden. Wir erlauben uns nur zu beghehen, daß solchemaßen hergestellte Gürtel den auf sie erhellenen Anforderungen genügen können.

Die Firma Wühlensfeld u. Co in Varmen Ubersfeld läßt nämlich zurzeit die kleinen Taschen mit der Maschine anfeihen und gibt dafür — 33 Pf.! Ganz sicher ein höheres Geschäft; denn die so schlecht bezahlte Handnaht ist immer noch circa 500 bis 600 Prozent teurer! Nun hat die Maschine bekanntlich die unedlere Gewohnheit, daß sie mit dem Transporteur und Steppfuß die Oberfläche des Leders etwas lädiert, so daß man von weitem schon eine Handnaht von der Maschinennaht unterscheiden kann. Die die Arbeit abmachenden Beamten der Seeresverwaltung müßten also auf den erriem Blick sehen, daß sie Maschinennaht vor sich haben. Besagte Firma läßt aber die Spuren, die die Maschine hinterläßt, nachher sorgfältig und gründlich durch Anreiben beseitigen. — Warum, das vermögen wir nicht zu sagen, weil wir eben nicht wissen, ob diese Nähte mit der Maschine genäht werden dürfen oder ob die Handnaht Vorzuzug ist. — Ist die Maschinennaht zulässig, dann ist das Verfahren der Firma nur ihrem Bestreben, das Gewerbe zur Arbeit zu erheben, zuzuschreiben und daher zu begrüßen, denn wir Sattler haben auch ein Interesse und Freude an einem sauberen Stück Arbeit. — Ist jedoch die Handnaht Vorzuzug, dann ist das Verfahren der Firma etwas ganz anderes. — Was, das möge das Marineministerium sich selbst und natürlich auch uns sobald wie möglich beantworten.

Streiks und Lohnbewegungen.

Gürtel. Der Kampf unserer dortigen Kollegen gegen den übermächtigen Kapitalproben und die Maßnahmen der Behörden geht seinen Gang. Ein dummes Ringen ist es, das sich hier vor unseren Augen abspielt. Unsere Kollegen haben sich gelobt, entweder nur als geachtete freie Männer wieder in den Dienst der Firma Arndt zu treten oder gar nicht; auf keinen Fall jedoch als Sklaven. Die Firma Arndt wiederum läßt lieber den Profit eines und, wenn es sein muß, mehrere Jahre zum Teufel gehen, ehe sie sich dazu entschließt, auf ihre Sklavhalterrechte zu verzichten. In ein neues Stadium ist der Kampf nun infoloren getreten, als die Firma Arndt, wie uns aus zuverlässiger Quelle mitgeteilt wird, jetzt die Hilfe der Militärbehörden in Anspruch nimmt.

An alle Artillerie- und Kavallerieregimenter des 5. und 6. Armeekorps hat sich die Firma gewandt mit dem Ersuchen, die zur Entlassung gelangenden Sattlerreservisten ihr zuzuwenden!

Wir ersuchen daher unsere Kollegen und Freunde, sofort und schleunigst alle Maßnahmen zu ergreifen, die geeignet sind, diesen famosen Plan der Firma zu durchkreuzen.

Keine Militärbehörde hat das Recht, die Reservisten zu zwingen, eine derartige Stellung anzunehmen.

Wer Bekannte, Freunde oder Kollegen bei diesen Regimentern hat, mache diese auf die ihnen zugewiesenen Streikbrecherdienste aufmerksam.

Das 5. und 6. Armeekorps stehen in Posen und Schlesien. Also: Aufgepaßt, Kollegen!

Berlin. Am Montag, den 22. August, hatten die Teppichnäher und Linoleumleger eine außerordentliche Versammlung nach dem Gewerkschaftsaufe einberufen, in der die Stellungnahme zu unserer Lohnbewegung besprochen werden sollte. Kollege Schulte, der das Referat übernommen hatte, gab zunächst davon Bericht, daß unsere Forderungen am Mittwoch früh den Unternehmern zugestellt worden sind und zwar an die Geschäfte den Affordtarif und an die Zwischenmeister den Lohnstarif. Die sehr spärlich eingelaufenen Antworten waren meist ausweichend und aus diesem Grunde völlig unbefriedigend. Nur das eine ließe sich aus dem Schreiben einer größeren Firma erkennen, daß für die Linoleumgeschäfte der Verband der Linoleumhändler Berlins und der Mark Brandenburg die Verhandlungen führen wird. Eine direkte Zuschrift war uns aber von diesem Verbands noch nicht zugegangen.

In der darauf folgenden Diskussion kam allgemein die Meinung zum Ausdruck, daß unseren Arbeitgebern wohl der Ausdruck darüber, daß die Vinsolumentler und Teppichnäher auch einmal aus ihrem Schlaf erwacht sind, vermehren auf die Sprache gefallen ist, daß sie noch gar nicht imstande waren, zu antworten.

Aus allen Verhältnissen kamen Berichte, daß die Situation für uns äußerst günstig sei. Und, daß es uns eben damit ist, unsere Forderungen auch zu vertreten, bewies die große Zahl der erschienenen Kollegen und die Stimmensimmung derselben. Um den Arbeitgebern den Grund der Situation klarzumachen und zugleich die Hand zum friedlichen Verhandeln zu bieten, wurden aus jeder Lohnverfasser zwei Kollegen beauftragt, die Arbeitgeber auf die am Mittwoch stattfindenden Verhandlungen aufmerksam zu machen, wozu Einladungen auch noch seitens der Ortsverwaltung erfolgten.

Für die in Accord arbeitenden Kollegen wurde beschlossen, die Antwort des Verbandes der Vinsolumenthändler abzuwarten. Beide Resultate sollten in einer am Sonntag, den 28. August, stattfindenden Versammlung besprochen werden und dazu Stellung genommen werden.

Auch diese Versammlung war wieder außerordentlich zahlreich besucht. Circa 150 Kollegen waren gespannt auf die Ergebnisse der Verhandlungen sowie auch auf die Antwort des Verbandes der Vinsolumenthändler, und große Erregung bemächtigte sich aller Anwesenden, als Kollege Schulze bekannt gab, daß die Verhandlungen mit den zwischen meistern ein völlig negatives Resultat ergeben hätten, da die Zwischenmeister sich zumeist hinter den großen Firmen versteckten. Eine Antwort von den Vinsolumenthändlern war auch trotz aller Anstrengungen nicht zu erreichen; sie wurde aber vom Geschäftsführer des Verbandes für Montag oder Dienstag in sichere Aussicht gestellt. Angeblich soll der Drucker damit nicht fertig geworden sein, woraus sich schließen läßt, daß der Verband der Vinsolumenthändler uns mit einem fertig ausgearbeiteten Gegentarif beglücken wird.

Die Diskussion wurde fast durchweg von dem Gedanken beherrscht, daß seitens der Arbeitgeber eine Verschleppungsstrategie eingeschlagen wird, die wir auf keinen Fall mitmachen können. Fast aus jeder Rede klang heraus, daß auf diese „Saumlosigkeit“ die sofortige Arbeitseinstellung nur die einzige Antwort sein kann. Schließlich wurde ein Vorschlag der Lohnkommission mit überwältigender Majorität angenommen, nach welchem die Zwischenmeister durch die Kollegen noch einmal zu einer letzten Verhandlung für Montag abend 5 Uhr einzuladen seien. Die Resultate dieser Verhandlung sollten einer Versammlung der Lohnarbeiter am selben Abend vorgelegt werden und bei allen Firmen, welche daran nicht teilnehmen, sollte am Dienstag früh die Arbeit eingestellt werden. Die Kollegen der Accordbetriebe werden sich am Mittwochabend nach mit der Antwort des Verbandes der Vinsolumenthändler beschäftigen und nötigenfalls durch Einklinken der Arbeit die Verhandlungen beschleunigen.

Dannover. Der seit 3 Jahren bestehende Tarif in der Militäreffektenfabrik der Firma Schmidt wurde gekündigt. Bei der Firma Frohneier, Treibriemenfabrik, dergleichen. Bei der Firma Weiermann, Treibriemenfabrik, haben unsere Kollegen Lohnforderungen gestellt. Wir ersuchen daher alle reisenden Kollegen, bis zur Beilegung dieser Differenzen unseren Ort zu meiden.

Die Ortsverwaltung.

Aus unserem Beruf.

Walthem. Wie unsere Zwischenmeister mit ihren Hilfskräften verfahren, wenn diese nicht organisiert sind, zeigt so recht der „liberale“ Zustand des Betriebes von Walthem. Meister in Rechenheim. Nicht allein, daß die Arbeitszeit länger als in anderen Betrieben und die Wochenlöhne, erst recht aber die Accordlöhne der Heimarbeiter, niedriger sind, sucht Meister auch durch intensive Ausnutzung der jugendlichen Hilfskräfte sich zu bereichern. Lehrlinge halten darf Meister nicht, da hierzu eine Prüfung nötig ist, die er als gelernter Meister wohl schwerlich bestehen dürfte. Dafür fällt dann das ganze Gewicht seines „Wannenswortes“ in die Waagschale, wenn es gilt, die Eltern eines Jungen zu beschwören. So machte er es z. B. 1908 mit dem Lehrling G. Aua, nachdem er den Jungen 2 Monate ausgenutzt hat, ohne ihm auch nur einen Schimmer von Anschlägen beizubringen, verweigert er sein „Wannenswort“ und wirft den Jungen standlos auf die Straße. Ein schriftlicher Lehrvertrag war leider nicht vorhanden; nur die „Autorität“ Meisters und sein Versprechen, daß der Junge bei ihm alles lernen könne, veranlaßte die Eltern, ihm ihr Kind anzuvertrauen. Was versteht nun Meister unter „alles“? Einfache Hilfsarbeiten, da in seiner Werkstatt ja nichts

anderes vorkommt. Größten anzuziehen. Papier schneiden, ein wenig Mören und auf den Verbau d. Schlimpfen, das dürfte wohl alles sein. Vor dem Gewerbegericht, wohin Meister auf Veranlassung unserer Ortsverwaltung zitiert wurde, gelang es ihm, dank der rigorosen Auslegung des Gewerbegerichtsgesetzes durch den bureaukratischen Bürgermeister Fischer in Rechenheim, mit dem Vater des Jungen einen billigen Vergleich zu schließen. Nicht so billig dürfte er mit der Krankenkasse davonkommen. Hat man je gehört, daß ein Arbeitgeber länger als 2 Jahre einen Arbeiter beschäftigt, ohne ihn bei der Krankenkasse anzumelden? Nun, der Name dieses Knüllers ist Meister und Meister ist kein Meister von ehemals. Hier in Sorge getragen, daß Meister einen Zettel erhalten wird. Was ist von Arbeitern und Arbeiterinnen nicht schon über diesen Vertrieh gesagt worden, doch noch immer haben sie nicht den Mut, sich zu organisieren, um auch hier menschenwürdige Zustände zu schaffen. Na, glauben denn die Leute, bei Meister das ewige Brot zu essen? Obiger Fall zeigt, wohin die Reise geht. Mit einem Fußtritt auf die Scheitelle belohnt Meister selbst die treuesten Dienste. Wie schätzig klingt es doch, wenn Meister dem Jungen erklärt: Wegen Dir muß ich in der Zeitung herumfliegen! Ach, Herr Meister, wir haben Mittel und Wege genug, solche Dinge zu erfahren, auch dann, wenn Sie sich nochmals eine Stunde hinter die Gartenbäume verstecken und aufpassen, daß keines Ihrer Schächeln in die Betriebsversammlung geht. Lassen Sie lieber die Leute hingehen, dann schloßt man nicht von vornherein Verdad. Auch für die Arbeiterinnen anderer Betriebe sollte dieses wieder ein Ansporn sein, allesamt in unsere Organisation einzutreten und nicht, wie dies kürzlich auch in Rechenheim passierte, daß sie sich alleamt dem Meister zuliebe verpflichten, nicht einzutreten, wenn irgend ein Agitator kommt.

N.B. Da in unseren nächsten Versammlungen Maßnahmen gegen Betriebe oben geschilderter Art beraten werden sollen, ersuchen wir alle Mitglieder männlich oder weiblich, zu erscheinen. Einladung folgt durch Postular.

Ueber die Beschaffenheit des heutigen Leders und anderer Einbandstoffe. Auf dem 11. Bibliothekartag, der unlängst in Nürnberg stattfand, hielt der hiesige Professor Loubier, Berlin, einen bemerkenswerten Vortrag über obiges Thema, über den schnellen Verfall, seine Ursachen und die Maßnahmen dagegen. Es ging aus demselben hervor, daß ältere Lederbände von außerordentlicher Haltbarkeit seien, daß aber ziemlich genau mit dem Jahre 1860 ein scharfer Verfall des seit diesem Jahr hergestellten Leders beginne. An der Hand von vorgelegten Proben wurde diese Tatsache dramatisch nachgewiesen, wobei sich zugleich zeigte, daß die Häufigkeit der Benutzung einer Konserverierung der gebundenen Bücher eher förderlich als schädlich ist. Es muß also wohl eine veränderte Art der Zubereitung des Leders seit 1860 die Schuld tragen. Professor Loubier berichtete eingehend über die Ergebnisse der einschlägigen Untersuchungen einer englischen Kommission. Als Ursachen des schnellen Verfalls der neueren Einbände wurden festgestellt: 1. neue Methoden bei der Vereitung; beim Gerben, Färben und der Gebrauchszurichtung; 2. weniger feste Bindemittel, zumal in Großbetrieben, hervorgerufen durch übertriebene Preisdrückerei der Hersteller; 3. unangünstige Bedingungen beim Aufbewahren der Bände, als Wärme, zu viel Gas, und Tageslicht usw. Unter den Gerbungsmethoden sei derjenigen mit Sumach (Esshagaum) der Vorzug zu geben; die ostindischen Leder seien nicht zu empfehlen und die Amekmähigkeit der Mineralgerbung wäre erst noch weiter zu prüfen. Das Färben des Leders, das seit den hiesigen Jahren meist mit Leerfarben geschieht, müsse unbedingt ohne Anwendung von Schwefelsäure erfolgen. Am besten haltbar sind die Farben rot, blau und schwarz. Das gewalttätige Ebenmachen der Oberfläche zerstört die Fasern des Leders. Das englische Komitee hat verlangt, daß nur solches Leder verwendet wird, dessen Sumachgerbung gewährleistet ist, was im Britisch Museum auch bereits durchgeführt wird. Man verlangt ein Laboratorium zur Untersuchung des Leders und amtliche Prüfungsstellen. Der Vortrag Loubiers fand unter Vorlegung von Einbandstoffproben statt und hatte folgende Entscheidung zur Folge: „Der Verein deutscher Bibliothekare setzt zum Studium der Einbandstoffe, namentlich des Leders, der Gewebe und des Lederzupapiers eine Kommission von drei Mitgliedern ein, die sich durch Bibliothekare, Chemiker, Fabrikanten und Buchbinder beliebig veranlassen darf. Die Kommission hat zu prüfen, welche Eigenschaften von Einbandstoffen, die an deutschen Bibliotheken bearbeitet werden sollen, zu verlangen sind und welche Garantien und Kontrollen eingeführt werden sollen, um diese Forderungen durchzuführen.“

Korrespondenzen.

Dannover. (E. 2. 9.) Am 27. August fand unsere Mitgliederversammlung bei Frau Wolf, Schillerstr. 4, statt. Auf der Tagesordnung stand unter anderem: 1. Ausdrück über die vom Zentralvorstand angeordnete Wahlaktion. 2. Jahresbericht des Arbeitsnachweises. Im ersten Punkt besetzte man sich mit den statistischen Zahlen, die wieder eingereicht werden sollen. Die Zahlen waren schon vor einem Jahr unter den Mitgliedern im Umlauf, da aber ein unregelmäßiges Anstücken derselben stattfand und sogar ein Teil der Mitglieder sich überhaupt weigerte, die Lohnkarten auszufüllen, so wurden diese wieder eingezogen. Nun wird vom Zentralvorstand das Verlangen gestellt, dieselben hier einzuführen, und es ist auch für uns am Erleichterndsten, um bei Lohnbewegungen Material in Händen zu haben. Darum wird es auch Pflicht eines jeden Mitgliedes sein, dieselben korrekt auszufüllen. Im Punkt 2 gibt der Kassierer den Bericht vom Arbeitsnachweis und erucht die Mitglieder, denselben mehr zu unterstützen; falls irgendwo Stellen frei sind, dem Arbeitsnachweisführer davon schleunigst Mitteilung zu machen, damit diese von organisierten Kollegen besetzt werden können. Das Lokalstatut, das vom Vorstand ausgearbeitet worden war, wurde von den Mitgliedern angenommen und der Druck derselben beschlossen. Am „Verschiedenen“ wurden von durchreisenden Mitgliedern die Pilsener, Pilsener, Pilsener und Jena einer scharfen Kritik unterzogen, und zwar eriere betreffs der Herberge, die sehr viel zu wünschen übrig läßt. Es ist Pflicht der dortigen Verwaltung, daß unsere Mitglieder wie Menschen beherrgt werden, denn es wird wohl den meisten Kollegen so gehen, daß, wenn man einen oder sogar zwei Tage unterwegs ist und man in eine Stadt kommt, sich auch nach einem vernünftigen Vert sehnt, um ruhig schlafen zu können. Daß man morgens zum Waschen reines Wasser braucht, ist in der Pilsener Herberge, unserem Verberberlokal, noch nicht bekannt. Wenn solche Zustände herrschen, warum sorgt die dortige Verwaltung nicht dafür, daß diese Zustände beseitigt werden? Oder wenn das nicht möglich sein sollte, warum steht sich die Verwaltung nicht nach einem anderen Verberberlokal um, das unseren Mitgliedern menschenwürdiger Unterkunft bietet? Unsere Mitglieder haben das Recht, eine anständige Unterkunft zu verlangen! Was das Aushängen unseres Adressorgans anbelangt, so hat nach Erklären desselben der Arbeitsnachweisführer oder Kassierer dafür zu sorgen, daß dasselbe sofort, aber nicht erst in einigen Tagen, wenn alles veraltet ist, ausgehängt wird. Weiter wurde Beschwerde geführt über die Unterstützungsauszahlung in Pilsener, dieselbe soll von dem dortigen Kassierer an den Abenden von 8 bis 10 Uhr ausgezahlt werden. Man bestimmt in den Verwaltungsstellen für den Arbeitsnachweis eine gewisse Stunde an den Abenden und verlangt von den arbeitslosen Mitgliedern pünktliches Erscheinen. So müssen sich auch die Arbeitsnachweisführer und Kassierer verpflichten, pünktlich zur Stelle zu sein, denn man kann doch nicht verlangen, daß sich unsere Kollegen den ganzen Abend hinsetzen und warten, bis es dem antretenden Kollegen bequem ist, zu erscheinen. Was die Verwaltungsstelle Jena anbelangt, wollen wir den Kassierer daran erinnern, daß, wenn man bereit ist seinen Urlaub antritt, es auch vor allem Pflicht ist, einen Stellvertreter während dieser Zeit zu stellen, damit nicht zugewiesene Mitglieder 3 Tage mittellos warten müssen, bis der Kassierer kommt. Derjenige Kollege, dem das passierte, war gezwungen, während dieser Zeit Schulden zu machen, um nachher dieselben von seiner erhaltenen Unterstüttung zu bezahlen. Wäre ein Vertreter anwesend gewesen, so konnte der betr. Kollege abreisen, aber so war es ihm unmöglich gemacht. Darum ist es auch Pflicht der Mitglieder, wenn sie sich ihre Funktionen wählen, daß dieselben auch darauf achten, daß sie auch immer zur Stelle sind. Eine weitere Diskussion fand nicht statt und der Vorbescheid schloß die von 65 Mitgliedern besuchte Versammlung um 10 1/2 Uhr.

Ann. d. Redaktion. Es dürfte sich empfehlen, vor der öffentlichen Erörterung derartiger Mißstände mit den angegriffenen Verwaltungsstellen in direkte Verbindung zu treten, denn — eines Mannes Rede ist keines Mannes Rede — man muß sie hören alle Verbe.

Offenbach a. M. (E. 2. 9.) Eine Vertrauensmännerversammlung, in welcher die Kollegen von 39 Firmen durch 60 Vertrauensleute vertreten waren, beschäftigte sich mit folgender Tagesordnung: 1. Die ersten Ergebnisse unserer Lohnstatistik und soll dieselbe weitergeführt werden? 2. Die Aufgaben der Frankfurter Versammlungen zur nächstjährigen Tarifbewegung. Zum ersten Punkte hatte der Gauleiter, Kollege Köp, das Referat übernommen und führte den Anwesenden an Hand der bis heute zusammengestellten statistischen Ergebnisse, die wohl in einzelnen Punk-

ten noch mangelhaft sind, sonst aber ein ganz übersichtliches Bild geben, die unbedingte Notwendigkeit der Weiterführung der Statistik über mindestens 12 Monate vor Augen. Zu bedauern ist, daß im ersten Monat aus einigen größeren Fabriken nur eine verhältnismäßig kleine Anzahl Kollegen die Lohnzettel ausgefüllt hat, was hoffentlich in den weiteren Monatsaufnahmen besser wird. Wenn die Kollegen das durchaus unberechtigte Mißtrauen, in dem sie noch zum Teil befangen sind, fallen lassen und den Vertrauensleuten ihre Aufgabe in dieser Hinsicht erleichtern, dürfen wir hoffen, bis zur Lohnbewegung in Besitz einer durchaus zuverlässigen Statistik zu sein. Eine solche Statistik aber wird uns, abgesehen von der allgemeinen Zweckmäßigkeit, von besonderem Vorteile bei der nächstjährigen Tarifbewegung sein.

In der Diskussion wurde die Notwendigkeit fortlaufender statistischer Erhebungen allseits anerkannt und nur lebhaft bedauert, daß die Heimarbeiter bis jetzt von der Statistik fast gar nicht erfaßt werden konnten. Obwohl von der Gewerkschaft wie auch von den Ortsvereinigungen alles getan wird, waren bis heute nur wenige Heimarbeiter zum Ausfüllen der Lohnzettel zu bewegen. Versammlungen, die in allen Orten stattgefunden, hatten den denkbar schlechtesten Besuch aufzuweisen. Wenn bei der kommenden Bewegung die Heimarbeiter nicht zum besten abgeschrieben, so haben sie das einzig und allein ihrer Ineffektivität und Lethargie zuzuschreiben. Demnach sollten wieder in allen Orten des Industriegebietes Versammlungen stattfinden, in denen wichtige Fragen in bezug auf die Tarifbewegung 1911 erörtert werden sollen und es wäre im Interesse der Heimarbeiter wie der gesamten Kollegschaft dringend zu wünschen, daß die Heimarbeiter endlich einmal die Schlafmützen von den Ohren ziehen würden, um selber ihre Interessen wahrzunehmen. Die Weiterführung der Statistik wurde einstimmig beschlossen.

Zum zweiten Punkt der Tagesordnung referierte Kollege Wurm. Er weist auf den schlechten Besuch der Branchenversammlungen hin. Einzelne Branchen hatten überhaupt noch keine Versammlung, in denen von wirklichen Beratungen gesprochen werden kann. Das muß anders werden, denn die Branchenversammlungen sollen die Grundlagen zur Tarifbewegung abgeben. Dort müssen die Kollegen der einzelnen Branchen zusammenkommen, um die mit dem alten Vertrag gemachten Erfahrungen auszutauschen und ihre Wünsche und Forderungen bezüglich des neuen Vertragsentwurfs zur Geltung zu bringen. Die verschiedenen Auffassungen und Auslegungen des jetzigen Vertrages seitens der Fabrikanten bedingen allein schon eine Aussprache unter den Kollegen. In allen Branchenversammlungen soll darum der Vertrag gründlich durchberaten und evtl. Verbesserungsansprüche besprochen werden. Nicht vom reinen Tisch aus wollen wir einen neuen Tarifvertrag machen, sondern durch die Hilfe und Mitarbeit aller Kollegen ein Vertragswerk schaffen, in welchem alle Zweideutigkeiten und unklaren Bestimmungen, die dem alten Vertrag anhaften, vermieden sind und den berechtigten Ansprüchen der Kollegen nach Möglichkeit Rechnung getragen ist. Darum muß der Besuch der Branchenversammlungen in Zukunft ein vollzähliger sein.

In der Diskussion wurde der Vorschlag gemacht, daß vielleicht eine große öffentliche Versammlung sich einmal mit diesem Thema befasse, auch wären derselben die Ergebnisse der Statistik vor Augen zu führen, um die Kollegen von der Wichtigkeit und Notwendigkeit derselben zu überzeugen.

Nachdem noch an die anwesenden Vertrauensleute die Lohnzettel für den Monat August ausgegeben waren, erreichte die Vertrauensmännerversammlung um 8 Uhr ihren Schluß.

Eberfeld-Warmen. (E. 5. 9.) Am vergangenen Samstag fand in Eberfeld unsere regelmäßige Mitgliederversammlung statt. Von allgemeinem Interesse war der zweite Punkt der umfangreichen Tagesordnung, nämlich: „Die neue Patronentafel“. Der Vorsitzende hob hervor, daß man schon länger als ein halbes Jahr die jetzt in Arbeit kommende Tafel neuerer Konstruktion erwartet hätte. Aufgabe der Organisation sei es, dafür zu sorgen, daß ein möglichst einheitlicher und angemessener Preis dafür festgesetzt werde. Mehrere Kollegen, welche hierzu das Wort ergriffen, waren der Ansicht, daß die Berliner Tarifkommission schon längst hätte diebezügliche was unternehmen müssen, etwa durch Rundschreiben oder durch zeitiges Festsetzen eines entsprechenden Stücklohnes. Das ist nicht geschehen und die hiesige Kollegschaft sieht sich infolgedessen gezwungen, endgültig durch Beschlußfassung den Preis festzulegen. Die Versammlung war damit einverstanden und beschloß, für die fragliche Tafel ausschließlich Verputzen und Nieten 1,10 Mk. als Mindestlohn zu verlangen.

Nunmehr erhaltete der Kartelldelegierte Bericht über die letzte Sitzung der Gewerkschaftskommission. Nachdem gab der Kassierer die Abrechnung vom zweiten Quartal und betrug laut seinen genau

spezifizierten Angaben die Hauptlohneneinnahme 689,14 Mk., die Hauptlohnenausgabe 588,26 Mk., bleibt ein Bestand von 110,88 Mk. Die Vorkasseneinnahme betrug 572,68 Mk. und die Vorkassenausgabe belief sich auf 148,26 Mk., bleibt ein Bestand von 424,42 Mk. Zu vermerken ist noch die Aufnahme 12 neuer Kollegen in die Organisation. Die Abrechnung ist genau geprüft und wurde auf Antrag des Kassierers von der Versammlung dem Kassierer einstimmig Entlassung erteilt.

Unter „Verschiedenem“ ließen mehrere Kollegen verlauten, daß hier im Wuppertal eine Firma bestände, welche die Marinearbeit nicht nach Vorschrift mache, indem sie, anstatt die Sachen mit der Hand nähen zu lassen, selbige mit der Maschine nähen läßt. Denn, so führen sie aus, dieses unerlaubte Maschinennähen ist nicht nur ein Verstoß des Staates und damit eben der Steuerzahler, sondern auch speziell wir Sattlergehilfen würden geschädigt. Rechtens verstoßt das Verfahren gegen die Bestimmung, welche besagt, daß deutsche Militärarbeit, sei sie für Meer oder Marine, unbedingt Handarbeit sein müsse. Eine solche Bestimmung kennen wir nicht. Es wird übrigens auch sehr viel Militärarbeit mit der Maschine genäht. (D. A.) Aber der betreffende hiesige Fabrikant besäße eine Nähmaschine, mit welcher man läusend eine Handnaht nachmachen könne und darauf sei es auch wohl zurückzuführen, daß die Marineverwaltung solche Arbeiten abnehme. Die Versammlung teilte diese Ansicht und wünschte, daß seitens der maßgebenden Stelle Remedur geschaffen werde. Schluß der gut besuchten Versammlung um 12 1/2 Uhr.

Aus anderen Organisationen.

Endresultat der Sicherheitsmännerwahlen im Ruhrrevier. Nachdem alle Resultate der Wahl der Sicherheitsmänner im Ruhrrevier zusammengestellt sind, ergibt sich, daß gewählt sind: Verband 1090, Gewerksverein 290, Polen 114, Zechenpartei 50, Hirsch-Dunder 7.

Um die Niederlage bei den Sicherheitsmännerwahlen zu vermeiden, sucht jetzt der „christliche“ Gewerksverein in seiner Verlegenheit die Öffentlichkeit mit einer Wahlschwindselgeschichte zu täuschen. Unter der aufsehenerregenden Ueberschrift „Ein neuer Schurkenstreich geplant“ veröffentlicht der „Vergnügungssnappe“ einen plakartartigen Artikel, worin dem Verbands ein Schurkenstreich nachgesagt wird, der durch einen Brief verübt werden soll, der angeblich von einem führenden Verbandsmitgliede an einen anderen Verbandsführer gerichtet sein soll. In dem Briefe, der von einem Dornmunder Verbandsbeamten angeblich herrührt, wird es so dargestellt, als wenn vom Verbands aus in letzter Stunde ein unsauberer Wahlstreich verübt werden sollte. Aus dem Briefe wird folgendes mitgeteilt:

„Die Geschichte mit Wehrend halte ich für verfehlt. Du weißt, ich hasse das Persönliche, laß es lieber. Die Sache mit Effert ist besser, sie hängt viel glaubhafter. Aber erst 1 bis 2 Tage vor der Wahl, eher dürft Ihr das Flugblatt nicht herausgeben und vertreiben. Allzuviel Wirkung verspreche ich mir auch nicht davon, das hat das Bruß-Flugblatt verdoeben. Da habt Ihr eine Dummheit gemacht. Junge, Junge, wenn das alles mal herauskommt, bringt Euch nur nicht in Sicherheit. Auf das Ehrenwort dieser Kette gebe ich nichts. Und dann diese fürstbare Blamage. Ich wage gar nicht, daran zu denken. Mit dem Betauschen des Telephonegesprächs ist es wohl nicht so ernst, wenn die beiden mal ausplappern sollten, dann leugnet einfach ab. Was wollen 2 gegen 5.“

Unterzeichnet ist der Brief „Dein Freund Heinrich“.

Daraufhin sind drei Verbandsbeamte auf dem Bureau des Gewerksvereins in Essen vorstellig geworden, um diesen Brief einzusehen. Die Einsicht wurde verweigert. Es wurden ihnen dann von den Verbandsbeamten drei Handschriften der im Dornmunder Revier angestellten Verbandsbeamten vorgelegt. Die Christen mußten erklären, daß es keine dieser Handschriften war. Auch weigerten sie sich, eine Photographie des Briefes zur Verfügung zu stellen.

Die Hirsch-Dunderschen Streifbrecher. Die neuesten Streifbrecherarbeiten der Hirsch-Dunderschen Brauergesellen erfolgen in Merseburg und Dresden. In Merseburg legten die Mitglieder des Brauereiarbeiterverbandes wegen Lohnforderung die Arbeit nieder und erzielten vollen Erfolg, während die Hirsch-Dunderschen Bundesbrauer als Streifbrecher sich auf den Bierwagen setzten. In Dresden erfolgte der Streifbruch der Hirsch-Dunderschen Bundesbrauer unter Umständen, daß man mit Recht sagen kann, die Hirsche geben aus Prinzip Streifbruch.

Mit dem „Verein der Brauereien von Dresden und Umgebung“ hat der Brauereiarbeiterverband kürzlich einen Tarifvertrag abgeschlossen. Die Anerkennung dieses Tarifes wurde auch von der außer-

halb der Unternehmerorganisation stehenden Brauerei „Flaunders Lagerkeller“ gefordert. Diese Brauerei aber wollte für sich in verschiedenen Punkten eine Ertragsminderungen. Das konnten sich die Arbeiter unter keinen Umständen bieten lassen, auch schon in Rücksicht auf die Unternehmerorganisation. Was die Arbeiter von dieser in zähem Ringen erlangt haben, das müßte mindestens auch diese Brauerei bewilligen, die zudem noch jahrelang 8 Proz. Dividende zahlt und zu den größeren Betrieben gehört. Ein Eingehen auf die mehr als jenseitbaren Wünsche der Brauerei würde kein Mensch verstehen, er braucht nicht einmal organisierter Arbeiter zu sein. Anders die getrennten Bundeshirsche. Als die organisierten Brauereiarbeiter zur Durchsetzung ihrer Forderungen in den Streiftraten, machten die Hirsch-Dunderschen Bundesbrauer den Streifbrecher. Vorher hatten sie unter den von der Brauerei gestellten Bedingungen einen „Tarif“ mit derselben abgeschlossen. So glaubten sie dem Unternehmer am dienlichsten zu sein.

Höher geht der Arbeiterverrat nicht mehr und zu solch einer Leistung sind sicher nicht einmal die Gelben fähig. Es ist dieses, die von dem tamosen Erkelenz empfohlene Taktik, mit solchen Mitteln den Tod der Hirsch-Dunderschen Gewerksvereine noch auf einige Zeit hinauszuschieben. Er wird dafür dann desto schneller und katastrophischer erfolgen. Diese Heldentaten reichen sich würdig der in der Schweiz (Brauer) und in Hamburg (Holzarbeiter) verübten Schurkenstreiche an.

Rundschau.

Bei weitem nicht so ereignisreich, wie die vorhergegangene Woche, war die letzte. Sie brachte uns zwar noch eine Kaiserrede in Marienburg, die aber an Bedeutung nicht an die Königsberger Rede heranreicht. War die Königsberger Rede eine Festsprache, so war die Marienburger Rede eine Schamade. Resigniert stellte der deutsche Kaiser fest, daß er von „seinem“ Volke, ja überhaupt von der ganzen Welt nie recht verstanden wird. Im Gegensatz zu Königsberg stellte der kaiserliche Redner den Verfass auf, daß nicht nur die Hohenzollern, sondern ganz einfach jeder „brave Christ“ Instrumente des Himmels sind. Das ist also die vollständige Demokratisierung der aristokratischen Königsberger Meinung. Nun, das läßt man sich schon eher gefallen, obwohl wir der Meinung sind, daß man die Politik hier auf unserm Planeten mit dergleichen Dingen überhaupt nicht verquiden darf. Doch was verüben wir dapon? — — — Gar nichts! — — — Und doch muß man sich wundern darüber, daß der kaiserliche Appell so wenig Wirkung zeigte. Eine Partei, die zweifellos nur aus echten und rechten „Christen“ besteht, ja, die nach ihrer eigenen Ansicht überhaupt die alleinige christliche Partei ist und deren Presse dem Kaiser in geradezu widerlicher Weise jubelte, hatte in dieser Woche eine Probe auf das kaiserliche Exempel zu machen.

In dem Wahlkreise Warburg-Söxter, einem der schwärzesten der schwarzen, des geeigneten Landes Beschafers, mußte eine Nachwahl stattfinden. Leider! — — — Der frühere Abgeordnete des Kreises, ein auch von uns hochgeschätzter und ob seiner Würde in dieser Partei seltener und daher auffallender Mann, der Landgerichtsrat Schmidt, war gestorben. An seiner Stelle mußte nun ein „neuer Mann“ gewählt werden und man wählte ihn auch. Der Herr Professor Martin Spahn, des „Vater Spahns“ Söhnchen, vom großen Spahn ein Spahnchen, war der Auserlesene. Mit ungeheurer Wucht und Fähigkeit bearbeitete hier, wie immer die katholische Geistlichkeit in der bekannten Manier die Wähler. Galt es doch, dafür zu sorgen, daß der befürchtete Stimmenrückgang nicht allzu schlimm werden sollte. Doch es hat alles nichts genügt. Hatte Herr Schmidt seinerzeit noch 15 000 Stimmen auf sich vereinigt, so erhielt unser Martin, der Sohn des großen Peter, nur noch 10 500 Stimmen, trotz geistlicher Hilfe und Kaiserrede. Nicht weniger als 4500 Instrumente des Himmels waren dergleichen verstimmt, daß sie keinen Ton und keine Stimme abgeben konnten. Daß man dafür noch Worte? Das Ereignis der Hölle, die Sozialdemokratie, steigerte jedoch auch in diesem Wahlkreise ihre Stimmenzahl um mehr als 50 Prozent. — — — Interessant wäre es übrigens, zu erfahren, wie viele von den 10 500 Unentwegten wissen, wen und warum sie überhaupt gewählt haben. Denn der „Kleine Spahn“ ist ein mitunter Feind des Reichstagswahlrechts und darf man daher wohl mit Recht daran zweifeln, daß die Wählerschaft wußte, was sie tat! — — — Na, jedenfalls erhält der Reichstag durch dieses Spahnchen ein interessantes Ergänzungsglied zum großen Spahn. Niemand vermag nämlich so klug und äußerlich scheinbar ruhig seine Gedanken zu verbergen, niemand vermag so zu antizipieren, so zu mopen, so das Gegenteil zu sagen von dem was man denkt und so den Zylinder zu meistern wie der „große“, der Vater Spahn. Hoffen wir, daß

„Spahn der kleine“ sich als würdiger und nachsichtiger Sohn seines Vaters erweist. —
 Inzwischen ist der Jaz und Gebieter der russischen Wägen im „Demokratischen“ Gefesse eingetroffen. Feuerwehr und Arbeitervereine empfangen dieses „Narrenstümmel“ mit Mitleid, und zwar ohne die Einladung zu lässlichen Gemüthen aus dem „Was von Verleumdungen“ an den Herrn zu richten, was wir außerordentlich bedauern.

Inzwischen steigt die Not unter der arbeitenden Bevölkerung doch und immer höher. In allen Gegenden unseres Vaterlandes werden zahlreich Besuche Versammlungen abgehalten, die gegen den Fleisch- und Brotwucher des Schnapsbades protestieren. Doch das ist vorläufig noch immer nur in den unglücklicheren Gegenden der Fall. Wie das Zentrum bzw. die „Christen“ mit ihren Wählern und Anhänger umgehen, wo sie noch das Heft in der Hand haben, zeigt eine Notiz des katholischen „Arbeiter“, in der eine Petition der Zündholzarbeiter von Nabelschwerdt um Unterstützung in ihrer durch die Holzschlagern geschaffenen Notlage im Wortlaut wiedergegeben wird. Das Blatt schreibt zu dieser Petition:

„Welche Antwort dem katholischen Arbeiterverein Nabelschwerdt auf obige Eingabe geworden ist, ist uns zur Stunde noch nicht bekannt; doch dürfte dieselbe in einem für die Vittelstufen günstigen Sinne ausfallen, da ja im Reichstage seinerzeit unseres Wissens nicht bloß die Tabakarbeiter, sondern auch die Zündwarenarbeiter in die oben genannten Untergruppen mit einbezogen worden sind.“

„Um die ganze elende Heudelei des christlichen Blattes zu verleben, muß man wissen, daß der Redakteur des Blattes, Herr Dr. Fischer, selbst im Reichstage sitzt und samt den anderen christlichen Arbeiterführern gegen die sozialdemokratischen Anträge auf Unterstützung der geschädigten Zündholzarbeiter gestimmt hat. Wie sagte doch Dr. Sigl, der seine Leute genau kannte, über das Zentrum: „Sie liqen wie die Teufel und schwindeln aus Prinzip!“

Bekanntmachung des Zentralvorstandes.

Die Mitgliedskarte 14 123, auf den Namen S. Garbe lautend, wurde am 16. Juli der Ortsverwaltung Hannover von Magdeburg aus zugestellt, ohne daß sich bis jetzt der Kollege gemeldet hat. Die Mitgliedskarte befindet sich in den Händen des Kassierers M. Dresch, Hannover-Linden, Mathildenstr. 13.

Der wöchentliche Beitrag der Ortsverwaltung Wiesbaden beträgt ab Montag, den 3. Oktober (40. Woche), 55 Pf.

Als verloren und für ungültig werden die Karte Nr. 10 954 (R. M. Blümel) und das Buch Nr. 1562 (Fritz Rbinow) erklärt.

Zur Beachtung für Militärpflichtige!

Die zum Militär eintretenden Mitglieder machen wir hiermit auf die rechtzeitige Abmeldung bei den örtlichen Verwaltungsstellen aufmerksam. Die Wieder werden durch die Ortskassierer nach erfolgter Abmeldung und Bezahlung der Restbeiträge eingezogen und an die Hauptverwaltung eingeliefert.

Die vom Militärentlassenen Mitglieder müssen sich innerhalb sechs Wochen nach ihrer Entlassung bei den Ortsvorständen anmelden.

Mitglieder, welche den laut Statut vorgeschriebenen Meldungen nicht nachkommen, gehen ihrer Ansprüche an den Verband verlustig. Während der Dienstzeit ruhen die Beitragspflicht und auch die Rechte der Mitglieder.

Der Vorstand.

Zur Beachtung für alle, die an die Redaktion schreiben.

1. Wenn du etwas einer Zeitung mitteilen willst, tue dies rasch und schide es sofort ein.
2. Sei kurz; du sparst damit die Zeit des Redakteurs und deine eigene. Dein Prinzip sei: Tatsachen, keine Phrasen.
3. Sei klar, schreibe nicht mit Bleistift, sondern mit Tinte und leserlich, besonders Namen und Ziffern; setze mehr Punkte als Komma.
4. Schreib nicht „gestern“ oder „heute“, sondern den Tag oder das Datum.

5. Korrigiere niemals einen Namen oder eine Zahl; streiche das fehlerhafte Wort durch und schreibe das richtige darüber oder daneben.

6. Die Hauptstücke: Beschreibe nie, nie, nie beide Seiten des Blattes, Hundert Zeilen, auf einer Seite geschrieben, lassen sich rasch zerstückeln und an die Leser verteilen. Es kommt oft vor, daß durch Beschreiben von beiden Seiten die eine Seite wegen notwendiger Korrekturen vollständig abgeschrieben oder wegen Verlorenheit des Redakteurs gerichtet werden muß.

7. Was der Redaktion in deinen sämtlichen Schreibstücken Namen und Adresse an. Anonyme Zuschriften kann die Redaktion nie berücksichtigen.

Bücherschau.

kleiner Leitfaden für Arbeiterbibliotheken von E. Weiblich. Verlag des „Bibliothekar“ in Leipzig, Landauerstr. 19-21. Brosch. 60 Pf., geb. 1 Mk. Ein vorzügliches Buchlein. Zahlreiche Beispiele aus der Praxis und daher für die Praxis zeigen, wie Bibliotheken eingerichtet, geleitet und systematisch ausgebaut werden müssen. Für jeden auf entsprechendem Posten stehenden Kollegen ist das Buch ein vortrefflicher Ratgeber.

Minderlegen und kein Ende? Von Dr. Fritz Frubhofer in Zürich. Neue und vermehrte Ausgabe. Preis 50 Pf. Verlag G. Fischer u. Co. m. b. H. in München. Die Neuauflage enthält nicht nur eine Widerlegung der von parteigenösslicher Seite erhobenen Einwände gegen die Ansichten des Verfassers, sondern bringt auch neues volkswirtschaftliches und statistisches Material zu ihrer Begründung.

Alle diejenigen, die die Last des „Minderlegens“ täglich zu spüren haben, dürften aus der Schrift nicht nur praktische Lehren ziehen, sondern auch ihre Kenntnisse über den Zusammenhang der Bevölkerungsfrage mit den sozialen Mischständen erweitern.

Der Weg zur Macht. Von Karl Kautsky. Von dieser Broschüre ist jedoch im Verlag der Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW. 68, die zweite durchgegebene Auflage erschienen. Im Vorwort der neuen Auflage unternimmt es Kautsky, sich mit den Kritikern seiner Arbeit auseinanderzusetzen. Der Preis

beträgt broschüriert 1,50 Mk., gebunden 2 Mk. Die Volksausgabe kostet 50 Pf. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Kolportage.

Le Traducteur, The Translator, Il Traduttore, drei Halbmonatschriften zum Studium der französischen, englischen, italienischen und deutschen Sprache. Diese Blätter verfolgen den Zweck, den jungen Deutschen, Franzosen, Italiener oder Engländer in der Erlernung der Fremdsprache zu vervollkommen und ihm die Mittel in die Hand zu geben, sich eine gründliche und gediegene Kenntnis in der zu erlernenden Sprache anzueignen. Sie enthalten neben einer durchlaufenden größeren Erzählung eine reichliche Auswahl anderer trefflicher Bildungsmittel: Eine schöne Auslese von Sprichwörtern, Gedichten, Uebersetzungsaufgaben, Gesprächen, die so recht dem Leben abgelauscht sind, Geschäftsbriefen, Rätsel, Adressenachweis usw. — Probenummern für Französisch, Englisch oder Italienisch kostenfrei durch den Verlag des „Traducteur“ in La Chaux-de-Fonds (Schweiz).

Adressenänderungen.

Freiburg i. S. Alle für die Ortsverwaltung bestimmte Sendungen sind zu richten an G. Dietel, Heimlicherer Straße 43 11.
Mühlhausen i. Th. H. Fritz Müller, Kräutlerstraße 41.

Verfammlungskalender.

(Unter dieser Rubrik veröffentlichen wir kostenlos diejenigen Versammlungsangelegen, die bis zum Redaktionsschluss bei und einlaufen.)

- Berlin.** Freibriemenbranche, Sonnabend, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr, im „Kosenthaler Vereinshaus“, Kosenthaler Straße 57.
- Bayern.** Sonnabend, den 17. September, abends 8 1/2 Uhr: Mitgliederversammlung.
- Dresden.** Sonnabend, den 17. September, abends 9 Uhr: Versammlung im „Carpentum“, Dresden-Neustadt.
- Düsseldorf.** Dienstag, den 13. September, abends 9 Uhr: Mitgliederversammlung im Volkshaus.
- Mürnberg.** Dienstag, den 17. September: Mitgliederversammlung.



Bezirks-Unterstützungskasse — Industriebezirk Offenbach.

Am Dienstag, den 13. September, abends 6 1/2 Uhr, findet im Gewerkschaftshaus, Austraße 9, die **Jahresversammlung** der Bezirks-Unterstützungskasse für den Industriebezirk statt.

Tagesordnung:
 1. Jahres- und Kassenbericht. 2. Verschiedenes.
 Alle dieser Kasse angehörenden Kollegen, d. h. alle diejenigen, welche den 55 Pf.-Beitrag leisten, werden dringend erucht, in der Versammlung zu erscheinen.
 Auch den übrigen Verbandskollegen, die als Gäste zugelassen sind, wäre der Besuch der Versammlung dringend zu empfehlen, damit sie sich von dem Fortschritt dieser Kasse und den mit der Leistung des 55 Pf.-Beitrages verbundenen Vorteilen überzeugen.
 Einen zahlreichen Besuch erwartet darum

Die Verwaltung.

Bekanntmachung.

Zentral-Kranken- und Begräbniskasse der Sattler und Berufsgenossen Preusslands „Hoffnung“
 E. S. 64, Berlin.

Den Verwaltungsstellen geben wir hiermit bekannt, daß die auf der 10. ordentlichen Generalversammlung zu Leipzig beschlossenen Statutenänderungen die behördliche Genehmigung erhalten haben. Durch Beschluß des Vorstandes vom 2. d. M. treten nunmehr diese Änderungen als IV. Nachtrag am 1. Oktober d. J. in Kraft.

Gleichzeitig weisen wir die Ortsverwaltungen darauf hin, daß infolgedessen vom 1. Quartal d. N. ab die zweite Extraktsteuer nicht mehr erhoben wird.

Sodann ersuchen wir die Ortsvorstände, den Mitgliedern von vornehmendem möglichst bald in geeigneter Weise Kenntnis zu geben.

Berlin, den 3. September 1910,

Der Vorstand:
 Wilhelm Giese, Vorsitzender,
 Otto Schubert, Kassierer.

Tüchtiger Sattlergehilfe

auf Schultornister und Koffer gesucht.
Neuhaus & Rudolph,
 Dortmund, Auf dem Berge 26.

Weißgerberei.

Tüchtiger Werkführer für Gerberei und Zuchtgerberei, mit Nährriemen und Sattlerarbeit gut vertraut, bekommt dauernde Stellung.
 Offerten mit Gehaltsansprüchen usw. an **Munkholmens Fabrik K. H. Reuland & Co., Finnland, Helsingfors.**

Heller Laden

mit Werkstelle, Hofraum und Wohnung in besserer Geschäftslage zu vermieten.
Robert Gode, Bunsenau 1. Schl.

Georg Weihnachts Bierhaus, Grünstr. 21.
 H. Weid-, Bayrisch-, Kulmbacher Bier
 Zehntel der Zentral-Krankenkasse der Sattler und der Ortsverwaltung des Verbandes der Sattler, Zehntel der „Frohen Volkshilfe“.